Mittwoch, 5. Oktober 1932
Nr. 226. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Volks-Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Dem neuen Weltkrieg entgegen

Der Bankrott des Völkerbundes im Mandschureikonflikt

Zu der gegenwärtig tagenden Völkerbundskonferenz in Genf ist endlich der schon seit Monaten fertige sogenannte Lyttonbericht über die Mandschurei veröffentlicht worden. Der Bericht, der 160 Seiten in Großformat umfaßt, ist, wie nicht anders zu erwarten war, ein echtes Verlegenheitsprodukt. Er enthält zwar allerlei interessante Feststellungen, und es widerspiegeln sich in ihm die ganzen imperialistischen Gegensätze Ostasiens, aber er hütet sich, die offene und unverhüllte Räuberei Japans beim Namen zu nennen und dementsprechend eindeutige Vorschläge zur sofortigen und restlosen Wiederherausgabe der Mandschurei durch Japan zu machen.

Der räuberische Einmarsch der Japaner erfolgte im vorigen Herbst gerade zu der Zeit, als wieder einmal der Völkerbund tagte. Die japanischen Diplomaten leisteten sich dort die offene Brüskierung des Völkerbundes, indem sie, während ihre Armeen mit Tanks, Gasbomben usw. in der Mandschurei wüteten, in Genf mit lächelnder Miene davon sprachen, daß es sich nur um eine „friedliche Aktion zur Wiederherstellung der Ordnung" in der Mandschurei handle. Obwohl das Vorgehen Japans nicht nur einen glatten Bruch aller Verträge und eine offene Vergewaltigung des Völkerbund-Mitgliedstaates Chinas bedeutete, sondern auch die Interessen der maßgebenden Völkerbundsstaaten aufs ernsteste gefährdet wurden, war der Völkerbund trotzdem, infolge seiner imperialistischen Gegensätze, schon damals weder willens noch imstande, gegen Japan irgend etwas zu unternehmen. Als reines Verlegenheitsprodukt kam der Beschluß auf Entsendung einer Untersuchungskommission nach der Mandschurei zustande.

Japan hat trotz Untersuchungskommission seinen Raubzug fortgesetzt, ja die Völkerbundskommission in der Mandschurei gehindert, auch nur die Mandschurei ungeniert zu bereisen.

Die unter Führung des englischen Lord Lytton, des Grafen Aldovrandi-Italien, General Claudel-Frankreich, General Macoy-Amerika und Exgouverneur Schnee-Deutschland bestehende Völkerbundskommission hat trotzdem „fleißig" gearbeitet. Sie konnte nicht umhin, in ihrem Bericht festzustellen,

daß der Einmarsch Japans eine Vergewaltigung Chinas darstellt, daß vor dem Einmarsch von einer Bedrohung der in der Mandschurei lebenden Japaner keine Rede sein konnte, daß auch in der zu 95 Prozent aus Chinesen bestehenden Mandschureibevölkerung keinerlei nationale Lostrennungsbestrebungen von China vorhanden waren, sondern daß die ganzen Autonomiebestrebungen wie auch die jetzige Gründung des Mandschukuostaates ein künstlich aufgezogenes Werk des japanischen Imperialismus ist.

Wäre der Völkerbund auch nur zu einem Teil das, was er nach seinen Statuten und Deklamationen vorgibt zu sein, ein Instrument zur Wahrung der nationalen Interessen der einzelnen Völker gegen gewalttätige Uebergriffe anderer Staaten, so müßte hier das Urteil der Lyttonkommission wie auch des Völkerbundes ganz eindeutig und klar dahin gehen, daß Japan die Mandschurei sofort zu räumen und alle Kosten für den entstandenen Schaden zu tragen hat.

Doch der Bericht macht nicht einmal den Versuch, von diesem für den normal denkenden Menschen selbstverständlichen Standpunkt auszugehen, sondern es wird ganz offen erklärt, daß man von den „inzwischen eingetretenen Verhältnissen und Veränderungen" ausgehen müsse. Von dieser Grundlage aus versucht nun der Bericht, allen Interessenten gerecht zu werden. So kommt der Bericht zu folgenden (sinngemäß wiedergegebenen) Vorschlägen für eine Lösung des Konflikts:

1. die Vereinbarkeit mit dem Vorteil Chinas und Japans;
2. gerechte Berücksichtigung der Interessen Sowjetrußlands;
3. Uebereinstimmung mit Völkerbundspakt, Kellogg-Pakt und Neunmächtevertrag von Washington;
4. Anerkennung der Rechte Japans in der Mandschurei;
5. Neue Verträge über die Rechte, Interessen und Verantwortlichkeiten Chinas und Japans in der Mandschurei;
6. wirksame Maßnahmen zur Regelung späterer Differenzen;
7. lokale Selbstverwaltung der Mandschurei unter Wahrung der Souveränität und Unverletzlichkeit der Verwaltung durch China;
8. Sicherung der inneren Ordnung durch lokale Gendarmerie und Sicherung gegen Angriffe von außen durch Zurückziehung sämtlicher Truppen Chinas und Japans sowie Abschluß eines Nichtangriffpaktes zwischen allen interessierten Mächten;
9. Abschluß eines neuen Handelsvertrages zwischen China und Japan unter Ausgleich der gegenseitigen Interessen;
10. internationale Zusammenarbeit und Hilfe zum inneren Aufbau Chinas.

Ein Laie kann auf den ersten Blick erkennen, daß hier ein Punkt dem anderen vollkommen widerspricht und daß eine Lösung des Konfliktes auf dieser Basis unmöglich ist. Die Verfasser des Berichtes wissen das sicher selbst am besten, wenn sie trotzdem diese Vorschläge machen, die mit größter Wahrscheinlichkeit im Völkerbund sanktioniert werden, so deshalb, weil sie keinen Ausweg sehen und so den offenen Bankrott des Völkerbundes dokumentieren müssen.

Die Gegensätze drängen aber zu Entscheidungen, und sie werden, wie immer, wenn kein diplomatischer Ausweg mehr da ist, mit den Mitteln der Gewalt, mit dem Krieg ausgetragen werden. Japan lehnt selbstverständlich auch diesen Bericht ab; es hat schon im voraus erklärt, daß es sich in keiner Weise von den Beschlüssen des Völkerbundes in seinen Handlungen beeinflussen lasse. Insoweit ist also der Bericht nicht das Papier wert, auf dem er gedruckt ist. Die Frage ist nur, wie lange es für die übrigen imperialistischen Staaten möglich ist, das Vorgehen Japans ohne die Schädigung ihrer lebenswichtigen imperialistischen Interessen in China zu ertragen. Der Konflikt wäre sicher heute schon da, wenn, wie wir schon früher darlegten, nicht die Interessengegensätze zwischen den drei größten imperialistischen Räuberstaaten England, Amerika und Frankreich zu groß wären.

Für die Arbeiterklasse ist der ganze Konflikt ein erneuter Beweis, daß das Fortbestehen des Kapitalismus für sie nicht nur die fortschreitende Verelendung in jedem einzelnen Land, sondern die ständige Drohung eines neuen Völkermordens in sich birgt. Nur die proletarische Revolution, die Durchführung des Sozialismus international kann eine wirkliche Lösung, eine wirkliche nationale Befreiung aller Völker bringen.

Fortsetzung des Verkehrsstreiks

Berlin, 3. Oktober.

WTB. Im Tarifstreit des Hamburger Verkehrsgewerbes sind die am 3. Oktober 1932 geführten Nachverhandlungen ergebnislos geblieben. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Reichsarbeitsminister.

Teno-Streikbrechergarde

Hamburg, 4. Oktober.

WTB. Auf der Walddörfer-Bahn, dem Teil des Hamburger Hoch- und Untergrundbahnnetzes, der die sehr weit entfernten nördlichen Vororte mit der Stadt verbindet, ist heute morgen durch die Technische Nothilfe ein Notverkehr eingerichtet worden. Es wurden etwa 70 Mann eingesetzt. Das Kommando wurde gestern in den Werkstätten der Hochbahn mit den technischen Einrichtungen und mit seinen Obliegenheiten (Fahrkartenverkauf usw.) vertraut gemacht. Die Leute werden aus Feldküchen verpflegt; die Polizei sorgt eingehend für ihren Schutz. (!!)

Das wird den Hamburger Pfeffersäcken und Polizeisenatoren wenig nützen.

Buchbinder-Aussperrung

Leipzig, 3. Oktober.

(Eigene Meldung.)

CNB. Für das gesamte Leipziger Großbuchbinderei-Gewerbe ist die Aussperrung beschlossen und bei dem Gesamtverband die Gesamtaussperrung für das Reich beantragt worden.

Anlaß dazu gab ein Streik bei einer hiesigen Firma, die weiter 48 Stunden in der Woche arbeiten läßt, im Hinblick auf die Neueinstellungen aber nach der Vorschrift den Lohn für die 31. bis 40. Wochenstunde gekürzt ausgezahlt hatte.

Ende des Möbel-Transportarbeiter-Streiks?

Berlin, 3. Oktober.

CNB. Nachdem, wie bereits gemeldet, die Arbeitgeber im Möbeltransportgewerbe den Schiedsspruch angenommen haben, erklärten sich heute abend in geheimer Abstimmung auch die Arbeitnehmer mit 494 gegen 196 Stimmen mit dem Schiedsspruch einverstanden. Der Streik ist damit beendet.

Der Schiedsspruch sieht die Verlängerung des bisherigen Tarifs bis 28. Februar 1933 vor. Die Unternehmer hatten den Tarif gekündigt mit dem Zweck einen neuen Lohnabbau durchzuführen. Die Arbeiter jedoch kämpften für eine Lohnerhöhung um 10 Prozent. Offensichtlich gelang es der Verbandsbürokratie, die organisierten Streikenden (im Ganzen handelt es sich um viel mehr als 700 Arbeiter) zu diesem Abbruch des Streiks zu überreden.

Kein Geld zur Wohlfahrtsunterstützung

CNB. Herne, 3. Oktober.

Die Stadt Herne ist heute nicht in der Lage gewesen, die vollen Wohlfahrtsunterstützungen auszuzahlen. Es konnte nur die Hälfte der Unterstützungssätze zur Auszahlung gelangen. Wann die zweite Hälfte gezahlt wird, ist noch fraglich.

Lage im Ruhrrevier

Zechenstillegungen zwecks Neueinstellungen — Ein gutes Geschäft — Schweizerkäse und Ruhrkohle — Die Vereinigten Stahlwerke holen zum Hauptschlag aus

Im Ruhrkohlebergbau hat der Lohnkonflikt durch den Schiedsspruch des Schlichters einen nur scheinbaren Abschluß gefunden. Nachdem die Unternehmer ihre Absicht einen 12prozentigen Lohnabbau durchzuführen nicht durchgesetzt haben, beginnen sie jetzt den Weg den ihnen die Notverordnung gelassen hat, einzuschlagen. Sie nehmen Neueinstellungen vor, die zur Durchbrechung des Lohntarifs berechtigen und nebenbei für die Grubenkönige ein gutes Geschäft sind. Man überlege: In diesen Tagen kämpft die Belegschaft einer Schachtanlage in Bochum-Hamme einen beharrlichen Kampf gegen die beschlossene Stillegung der Schachtanlage „Präsident". Belegschaftsversammlungen, Einwohnerversammlungen der Gemeinde appellieren an die Reichsregierung die Stillegung zu verhindern. Delegationen fahren nach Berlin. Es nützt nichts, die Schachtanlage wird stillgelegt.

Zur gleichen Zeit wird der Belegschaft der Schachtanlage „Alter Hellweg" bei Unna durch Anschlag bekanntgegeben, daß auf Grund von 100 Neueinstellungen ab 1. Oktober der Lohn der Gedingearbeiter von der einunddreißigsten Schichtstunde ab um 27 Prozent und für Schichtlöhner um 30 Prozent gekürzt wird. Das gleiche wiederholt sich auf der Schachtanlage „Heinrich Ueberruhr", wo 300 Neueinstellungen erfolgen und der Lohn ebenfalls entsprechend gekürzt wird. „Alter Hellweg" und „Heinrich Ueberruhr" sind die beiden Vorreiter. Alle anderen Schachtanlagen werden folgen. Die Rechnung ist einfach, das Geschäft ausgezeichnet. Die Entlassungen kosten nichts, die Neueinstellungen werden mit je 400 Mark prämiiert.

Neben den Entlassungen hat der Zechenverband noch ein anderes Ausgleichsventil: Die Feierschichten. Der Bergmann an der Ruhr arbeitet durchschnittlich nur noch 19,3 Schichten im Monat, an den übrigen Tagen muß er feiern. Daß die Zahl der Feierschichten noch größer wird, dafür sorgen die Kontingentierungsmaßnahmen der Papenregierung. Die Ausfuhr Deutschlands an Steinkohle betrug in den beiden letzten Jahren monatlich 2 Millionen Tonnen. Die durchschnittliche Ausfuhr im ersten Halbjahr 1932 beträgt nur noch 1,5 Millionen Tonnen. Trotz dieses Rückganges werden heute noch 30 Prozent der Ruhrkohle nach dem Ausland abgesetzt. Das wird nun sehr bald ein Ende haben. Schweizerkäse und Ruhrkohle stehen da in einem unmittelbaren Zusammenhang. Wer die Einfuhr von Schweizerkäse nach Deutschland so gut wie unterbindet, der wird von dem Schweizer nur erwarten können, daß er seinen Bedarf an Kohle anderweitig deckt. Die Leidtragenden sind die Kumpels an der Ruhr, die die Fehlbeträge in der Milchmädchenrechnung aus ihrer Tasche decken müssen.

Und die Gewerkschaften? Sie haben gewiß noch eine Chance, es könnte aber, wie es scheint, die letzte sein. Der ausschlaggebende, freigewerkschaftliche Bergbau-Industriearbeiterverband unter der Führung Fritz Husemanns fordert Verstaatlichung des Bergbaues. Hinter dieser Forderung verbirgt sich die Kapitulation vor dem Lohnraub. Welchen Sinn hat es sonst, in dem Augenblick des Lohnabbaues von Verstaatlichung zu reden, wo dieser Lohnabbau doch auch in den staatlichen Zechen durchgeführt wird? Ist es Wahrheit oder Dichtung, was in der nachstehenden Resolution der Belegschaft der Schachtanlage „Westerholt" gesagt wird:

„Unsere Schachtanlage ist seit Bestehen eine staatliche Zeche. Also, hier braucht man nichts mehr zu verstaatlichen.

Auf ihr ist keine Spur von Sozialismus, sondern nur die nackte kapitalistische Ausbeutung!

Auf dieser staatlichen Zeche wurde der Lohnraub Zug um Zug durchgeführt, wie auf anderen Schachtanlagen. Unsere Unfallziffer, die jeder überprüfen kann, ist eher noch durch die Mißverhältnisse im Betrieb

höher, als auf anderen Scharhtanlagen. Und unser Lohn? Seht folgendes Beispiel, welches die durchschnittliche Lage der Kumpels von Westerholt wiedergibt: Ein guter Hauer mit vier Kindern verdient im Monat August 136,93 Mark. Davon gehen ab: 52,— Mark für Miete, Kumpelschaft und Kohlen. Mithin verbleiben 82,— Mark, 2,— Mark mehr als ein Wohlfahrtsempfänger. Jeden Monat feiern 100 bis 110 Kumpels krank, weil sie nicht mehr können. Die Mehrzahl der Kumpels verdient unter dem tariflichen Hauerdurchschnittslohn. Die Hauerleistung pro Mann und Schicht betrug im Januar 1929 3,69 Tonnen. Heute, beim Abbau von 400 bis 500 Mann eine Leistung von 4,58 Tonnen pro Mann und Schicht."

Für die Wahrheit dieser Anklagen bürgt die Zustimmung von 600 Belegschaftsmitgliedern, die für Annahme dieser Entschließung die Hand erhoben. Sie müssen ihre Lage am besten beurteilen können. Aber jeder von diesen Bergleuten ist auch bereit, seine Worte durch die Lohntüte zu belegen. Die Forderung nach der Verstaatlichung des Bergbaues ist deshalb ein Schlag in die Luft. Die Antwort auf den Lohnraub könnte sehr einfach sein: Streik! Keinen Pfennig Lohnabzug.

Das Ruhrgebiet ist der geeignete Kriegsschauplatz für die Austragung sozialer Kämpfe. Die Hunderttausende in den Bergwerken und Hüttenbetrieben, in einer einheitlichen Abwehrfront sind ein Block aus Granit. Hier muß die Entscheidung fallen über Papens Notverordnung. Heute befinden sich die Unternehmer noch im Angriff. Die Vereinigten Stahlwerke haben im „Hörder Verein" 200, in der Dortmunder Union 130 und der Charlottenhütte 100 Mann eingestellt. Das Eisen- und Stahlwerk Hösch stellte 240, die Gelsenkirchener Eisenindustrie 200 ein. Ein 10prozentiger Lohnabzug ist angekündigt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Durchführung des Lohnabzuges mit dem Streik beantwortet wird. Bis zur Stunde sind die Aussichten für einen einheitlichen Abwehrkampf noch schwach. Die „Gute Hoffnungshütte" hat in einer Betriebsabteilung von 31 Arbeitern, die auf den Lohnabzug mit dem Streik antworteten, 12 sofort fristlos entlassen. Die übrigen haben die Bedingungen geschluckt. Der DMV ist unschlüssig. Es kommt in diesem Augenblick alles darauf an, etwas mehr zu tun, als Drohungen auszustoßen. Die kleineren Erfolge hier und dort dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Generalangriff des Unternehmertums erst jetzt eingeleitet wird. Entweder die Gewerkschaften parieren diesen Schlag oder eine neue Lohnabbauwelle wird über Deutschland hinweggehen.

Emil Heyen.

Die Regierung sabotiert weiter

Sie erscheint nicht vor dem Auswärtigen Ausschuß

WTB. **Berlin,** 3. Oktober.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden, dem Abgeordneten Dr. Frick, für Dienstag, den 11. Oktober einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht ein Bericht über die Lausanner Verhandlungen.

VDZ. **Berlin,** 3. Oktober.

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ erfährt, hat vor der Einberufung des Auswärtigen Ausschusses ein Briefwechsel zwischen dem Ausschußvorsitzenden Dr. Frick und dem Reichsaußenminister stattgefunden. Dr. Frick hat dem Minister seine Absicht mitgeteilt, den Ausschuß für den 11. Oktober einzuberufen und gefragt, ob der Minister bereit sei, in der Ausschußsitzung zu erscheinen. Er hat hinzugefügt, er könne sich vorstellen, daß die Reichsregierung selbst im Hinblick auf die schwierige außenpolitische Lage des Reiches Wert darauf lege, mit dem Auswärtigen Ausschuß in Fühlung zu treten, um womöglich eine Stütze für ihre Politik zu finden.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hat darauf mit einem Schreiben geantwortet, in dem es heißt: „Den Nutzen eines politischen Gedankenaustausches zwischen der Reichsregierung und dem Auswärtigen Ausschuß will ich keineswegs in Abrede stellen. Zu meinem Bedauern bin ich jedoch nicht in der Lage, vor dem Auswärtigen Ausschuß zu erscheinen, solange nicht die Ihnen bekannte Frage der Teilnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstages geregelt ist. Was den von Ihnen in Aussicht genommenen Termin betrifft, so darf ich ergebenst darauf hinweisen, daß die Völkerbundsversammlung voraussichtlich am 11. Oktober noch nicht abgeschlossen ist, sodaß, vorausgesetzt, daß die prinzipielle Frage geregelt wird, die Herausschiebung des Termins zu empfehlen wäre."

Dr. Frick hat daraufhin den Ausschuß trotzdem für den 11. Oktober einberufen.

Weiter abwärts

CNB. **Berlin,** 3. Oktober.

Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird mitgeteilt:

„Während in normalen Jahren der Monat September einen kaum fühlbaren Abstieg der Höchstbeschäftigung des Sommers zu bringen pflegt, hat in diesem Jahre infolge des noch allgemein schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisses die sommerliche Beschäftigung der Betriebe ein überraschend frühes und schnelles Ende gefunden."

So sieht der „Silberstreifen am Horizont" in Wirklichkeit aus.

Deutsch-italienischer Wirtschaftskonflikt

Die Folgen der deutschen Autarkie-Politik

Zwischen Italien und Deutschland ist ein schwerer wirtschaftlicher Konflikt ausgebrochen. Die italienische Regierung hat, auf besondere Anweisung Mussolinis hin, eine Devisenverordnung erlassen: die für die deutsche Wirtschaft ein verhängnisvoller Schlag ist. Die italienischen Banken dürfen den Importeuren deutscher Waren die zur Bezahlung nötigen Devisen nicht mehr zuteilen. Die Bezahlung der deutschen Einfuhrwaren soll in Zukunft nur derart erfolgen, daß man den Lieferanten Schecks auf die gesperrten Konten von Italienern bei deutschen Banken ausstellt, was praktisch bedeutet, daß die deutschen Exporteure kein Bargeld mehr erhalten.

Diese italienische Maßnahme ist die Antwort auf die deutsche Handelspolitik; insbesondere auf die deutschen Maßnahmen der letzten Monate. In Italien besteht ein Gesetz, das die italienische Regierung ermächtigt, Bedingungen für den Import von Waren aus solchen Staaten aufzustellen, deren Devisenbewirtschaftung einer Beschränkung unterliegt. Ursprünglich hatte Deutschland Italien eine Vorzugsstellung eingeräumt, um einer solchen italienischen Maßnahme zu entgehen. Das ist jedoch von Deutschland rückgängig gemacht worden, um die weitere Einfuhr italienischer Agrarprodukte zu verhindern. Zu diesem Zweck hat die deutsche Regierung das Sonderabkommen zum 1. Oktober gekündigt, so daß für die Bezüge aus Italien Devisen nur noch im Rahmen der allgemeinen Kontingente zugeteilt werden.

Die Importeure deutscher Waren erklären, bei einer Fortdauer dieser deutsch-italienischen Differenzen gezwungen zu sein, Vertretungen von französischen, englischen, schweizerischen oder tschechischen Firmen zu übernehmen. So wirkt sich die auf Autarkie ausgerichtete deutsche Handelspolitik in schlimmster Weise gegen die deutschen Wirtschaftsinteressen aus, so werden die Voraussetzungen zu einer völligen Lahmlegung der Exportindustrie und damit zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit um weitere Hunderttausende geschaffen. Außer Italien drohen auch die nordischen Staaten, Frankreich und Holland mit Abwehrmaßnahmen gegen die deutschen Kontingentierungsvorschriften.

Die Reichsregierung hat zu der hierdurch geschaffenen Lage Stellung genommen und beschlossen, vor Gegenmaßnahmen, also vor einer weiteren Verschärfung des Konfliktes, nicht zurückzuschrecken. Zunächst ist eine Sonderkommission nach Rom entsandt worden, die mit der italienischen Regierung verhandeln soll. Offiziös wird zu diesen Verhandlungen erklärt, daß für Deutschland nur eine einheitliche Regelung mit allen Staaten in Frage komme und daß die Devisenregelung nicht davon abhängig gemacht werden könne, ob Deutschland mit diesem oder jenem Lande freundschaftlich stehe. Nach dieser Aeußerung besteht wenig Aussicht auf eine Einigung.

3 Tage Mörderfreiheit!

Was Hitler von Hindenburg forderte!

Die Differenzen, die seit einiger Zeit zwischen dem Stahlhelm und den Nationalsozialisten in immer schärferer Form ausgetragen werden, sind für den Außenstehenden sehr lehrreich, weil bei dieser Gelegenheit so allerhand bekannt wird. Jetzt veröffentlicht der „Stahlhelm" mit der Ueberschrift „Asphaltdemagogie" einen Artikel, in dem es wörtlich heißt:

„Herr Hitler hat in den Verhandlungen, die Mitte August mit den Beauftragten des Reichspräsidenten stattgefunden haben, nicht nur den Reichskanzlerposten für sich verlangt, sondern darüber hinaus, sozusagen als Vorschußleistung, gefordert, daß ihm vor der Amtsübernahme drei Tage lang die Straße (unter Zurückziehung der staatlichen Machtmittel) für seine SA freigegeben würde. Die „Eroberung der Macht", zu der er sich nicht fähig fühlte, sollte also wenigstens unter freundlicher Hilfsstellung des Reichspräsidenten markiert werden. Angesichts dieser Tatsache, die, wie wir ausdrücklich feststellen möchten, durch kein Dementi aus der Welt zu schaffen ist, nimmt sich der vom „Angriff" für die Nationalsozialisten in Anspruch genommene Wahlspruch: „Deutschland muß leben und wenn wir sterben müssen!" ein wenig seltsam aus. Uns scheint, es hätten einige andere sterben müssen, wenn Herr Hitler Deutschland hätte regieren wollen."

Die Nationalsozialisten haben auf diese Feststellungen bisher nicht geantwortet — aber selbst wenn das bei ihnen übliche unwahre Dementi (man denke nur an den verlogenen Kampf gegen die Enthüllungen über Herrn Roehm!) noch folgen sollte, so wäre damit nichts bewiesen. Es spricht schon allerhand Wahrscheinlichkeit dafür, daß Herr Hitler, der Kamerad der viehischen Mörder von Potempa, tatsächlich drei Tage Mörderfreiheit gefordert hat.

„Stillgestanden!"

Oldenburg-Januschau meldet sich

In einer deutschnationalen Wahlversammlung in Zoppot sprach, nachdem die Versammlung stehend das Lied „Heil Kaiser dir" gesungen hatte, der bekannte ostpreußische Junker von Oldenburg-Januschau, einer der robustesten Vertreter des alten Systems. Er erklärte, daß man vor den Trümmern des niederträchtigen Parlamentarismus stehe, der jetzt mit Recht zusammenbreche. Die Rechtsschwenkung sei gemacht, ein Zurück gebe es nicht mehr. Mit heißem Dank könnten wir zu dem Sieger von Tannenberg aufblicken, daß er den Weg nach rechts gefunden habe. Hindenburg habe nicht nur die Verfassung beschworen, sondern habe auch das Wohl des Staates zu fördern. Wenn das mit dem Parlament nicht mehr gehe, dann in Gottes Namen ohne die Parlamente. Es sei zu begrüßen, daß wir uns an dem Katzenschießen der Abrüstungsverhandlungen nicht mehr beteiligten, die nur stattfinden, um uns zum Narren zu halten. Es sei zu hoffen, daß bei der machtlosen Institution des Völkerbundes bald der Augenblick der allgemeinen Auflösung gekommen sei.

„Mit Stillgestanden fangen wir wieder an"

Die Pläne der Deutschen Turnerschaft

Der Männerturnwart der Deutschen Turnerschaft, Martin Schneider, Leipzig, ist von dem sächsischen Scharfmacherblatt, den „Leipziger Neuesten Nachrichten", ersucht worden, die Stellungnahme der Deutschen Turnerschaft zum Reichskuratorium für Jugendertüchtigung mitzuteilen. Er tut dies in der Nummer vom 2. d. Mts. Er begrüßt die Schaffung dieses Kuratoriums und stellt die aktive Mitarbeit der DT in Aussicht. Er macht folgendes interessantes Eingeständnis:

„Was soll eigentlich betrieben werden? Die vom Reichskuratorium in Aussicht genommene planmäßige Jugendertüchtigung will 3 Aufgaben erfüllen: 1. die körperliche Ertüchtigung, 2. die Ausbildung im Schießen, 3. die Ausbildung im Gelände." Zu den Uebungen im Gelände sollen nach den Meinungen Schneiders gehören: Wandern mit und ohne Belastung; Sinnesübungen, wie Beobachten, schnelles Erkennen und richtiges Ansprechen des Gesehenen; Kartenlesen; Meldungen, Skizzen, Entfernungschätzen, Orientierung im Gelände nach Kompaß; Geländekunde usw. Er sagt wörtlich: „Diese Uebungen werden anfangen mit dem Stillgestanden und wir werden auch wieder ein ordentliches Marschieren üben, wir werden uns also getrauen, unsere Turner in dieser Richtung wieder fester anzupacken. Wem das nicht paßt, der kann nicht nur gehen, der soll gehen."

Der Schlußabsatz des aufschlußreichen Artikels lautet: „Weil die DT eine Opfer- und Kampfgemeinschaft sein will, für Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland, wird sie heute in deutscher Notzeit mehr denn je sich ihrer besonderen Gegenwartsaufgaben beginnen und durch Aufnahme der Uebungen im Gelände jene ergänzende Ausbildung ihrer Turner betreiben, die zur Wehrfähigkeit im besonderen erzieht."

Der General v. Stülpnagel als der Leiter des Kuratoriums wird sich über diese amtliche Stellungnahme der DT freuen. Für die deutsche Arbeitersportbewegung aber sollte dieses Aufrüsten der DT gegen den „inneren und äußeren Feind" ein Alarmsignal bedeuten!

Achtung! Kolporteure!

Die wichtigste Voraussetzung für regelmäßige und pünktliche Lieferung der SAZ ist die schnellmöglichste Abrechnung der Abgebühren. Wir bitten um pünktliche Ueberweisung der noch rückständigen Abgebühren für September.

SAZ-Geschäftsleitung.

Kein Aprilscherz!

Brachts Bestimmungen über Beschaffenheit der Badeanzüge!

CNB. **Berlin,** 3. Oktober.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat nach Fühlungnahme mit der in Frage kommenden Industrie der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministers des Innern beauftragte Dr. Bracht im Interesse einer einheitlichen Handhabung die Badepolizeiverordnung vom 18. 8. 1932 durch eine in der Preußischen Gesetzsammlung Nr. 56 vom 30. September 1932 veröffentlichte Polizeiverordnung ergänzt, die nähere Bestimmungen über die Beschaffenheit der Badeanzüge enthält. Die Ergänzungsvorschriften sind von den Polizeibehörden mit tunlichster Beschleunigung zur Kenntnis der Unternehmer von Badeanstalten und der Erzeuger und Inhaber von Verkaufsstellen für Badekleidung zu bringen, da die Bestellungen für die kommende Badesaison schon in diesen Wochen erfolgen.

Viergespaltener Kampfcharakter

Der „Vorwärts" erscheint seit dem 1. Oktober in einer neuen Aufmachung, mit viergespaltenem Zeitungssatz. Das ist an sich keine große Sache, aber für das Zentralorgan der SPD ist schon so etwas eine Art Revolution. Die neue Anordnung des Druckes wird an der Spitze des „Vorwärts" (Nr. 463) mit folgendem Artikel begrüßt:

Neue Rüstung!

Die neue Form, in der sich der „Vorwärts" heute seinen Lesern darbietet, ist das Ergebnis sorgfältiger Ueberlegungen und Vorbereitungen. Man mag sie als ein Symbol dafür nehmen, daß die Partei und ihr Zentralorgan nicht am Alten hängen bleiben wollen, sondern mit der Zeit zugehen entschlossen sind. Der viergespaltene Zeitungssatz gibt die Möglichkeit, das Blatt nicht nur lebendiger und übersichtlicher zu gestalten, sondern zugleich auch seinen Kampfcharakter stärker zu betonen. Mehr denn je bedarf das arbeitende Volk im Kampfe um seine Menschenrechte bewährter Führer und schneidiger Waffen. Der „Vorwärts" legt eine neue Rüstung an, um besser kämpfen zu können gegen die politische und wirtschaftliche Despotie, das Kapitals für ein demokratisches, ein sozialistisches Deutschland!

Wir rufen unsere Freunde im Reich, wir rufen vor allem das arbeitende Berlin, mit einzutreten in diesen Kampf. Vorwärts unter dem sturmerprobten Banner der Sozialdemokratischen Partei! Vorwärts mit dem Vorwärts"!

Ein Kampfcharakter und eine Rüstung, die nur in der Einteilung der Zeitungsseiten ihren Ausdruck finden, sind eine etwas kümmerliche Sache. Um dem Zentralorgan der SPD wirklich Kampfcharakter zu verleihen, wird übrigens der Uebergang von 3 zu 4 Spalten kaum ausreichen. Da empfehlen wir, die Seite mindestens in 7 Spalten zu gliedern! Vielleicht können durch solche sensationelle Neuerungen die Leser vor dem sonst üblichen Gähnkrampf bewahrt werden.

Zwei Kommunalwahlen

Schwere Verluste der Nazis und der SPD

Stallupönen, 3. Oktober.

WTB. Die gestrigen Ergänzungswahlen von Stadtverordneten hatten folgendes Ergebnis:

Kommunisten 620 Stimmen (bei der Reichstagswahl am 31. Juli 503 Stimmen), Sozialdemokraten 200 Stimmen (482), wirtschaftliche Einheitsliste (bürgerliche Mittelparteien) 653 (382) Stimmen, Nationalsozialisten 1262 Stimmen (2199).

Sonneberg, 3. Oktober.

CNB. Obwohl im Dezember in Thüringen allgemeine Gemeinderatswahlen stattfinden, mußte gestern in der Gemeinde Köppelsdorf bei Sonneberg der Gemeinderat neugewählt werden, da der alte wegen Differenzen mit dem Staatsbeauftragten aufgelöst worden war. Die Wahlen erfolgten bei sehr schwacher Beteiligung. Es wurden abgegeben für die Nationalsozialisten 492 (822 bei den letzten Reichstagswahlen), Bürgerliche 215 (116), SPD 262 (450), Kommunisten 649 (846).

Konflikt Papst — Mexiko

Der Papst veröffentlichte vor einigen Tagen eine Botschaft, in der in ausgesucht scharfer Form die mexikanische Regierung angegriffen wurde. Der Präsident von Mexiko antwortet jetzt mit einer ebenso scharfen Erklärung, in der er ankündigt, er werde jede Benutzung der Kirchen für Kultzwecke untersagen, wenn sich nicht die Haltung der katholischen Kirche gegenüber dem mexikanischen Staate ändere. Die Kirchen würden dann in Arbeiterbildungsschulen und Arbeiterkonsum-Verkaufsstellen umgewandelt werden.

Es ist bedauerlich, daß eine solche Sprache gegen die Kirche heute nur aus Mexiko zu vernehmen ist.

Mexiko, 4. Oktober.

WTB. In der Kammer wurde heute der Beschluß gefaßt, Präsident Rodriguez zu veranlassen, den päpstlichen Legaten Erzbischof Ruiz y Flores des Landes zu verweisen.

Mitglieder und Spargläubiger

Die Forderungen der Mitglieder und Spargläubiger des Konsumvereins Vorwärts

Im Zentralballsaal fand gestern eine Versammlung der Mitglieder und Spargläubiger des Vorwärts statt. Der Gen. Eckstein gab einen Bericht über den Stand des Unternehmens und über die Vorschläge, wie sie am 30. September in der „SAZ" ausführlich dargelegt worden sind. In der regen Aussprache kam zum Ausdruck, daß die versammelten Spargläubiger und Mitglieder des Vorwärts den Gen. Eckstein als ihren Vertrauensmann für die kommenden Verhandlungen betrachten und ihn beauftragen, die Interessen der Spargläubiger im besonderen gegen die anderen Großgläubiger wahrzunehmen.

Aus der Erfahrung der letzten Jahre wurde manches Wort der bitteren Kritik über die mangelhafte Leitung und über die verantwortungslose Personalpolitik und Vetternwirtschaft gesprochen. Einmütig kam zum Ausdruck, daß nach einem erfolgreichen Vergleich die jetzige Führung des Konsumvereins restlos verschwinden muß. Ebenso einmütig wurde zum Ausdruck gebracht, daß alles getan werden müsse, um das Arbeiterunternehmen zu erhalten und zu verhindern, daß durch einen Konkurs neue schwere Lasten auf die Mitglieder gelegt werden. Die Versammlung verlangte aber auch, daß die bisherige Methode, unangenehme Dinge zu verschleiern, im höchsten Grade schädlich für den Konsum ist, und daß die Mitglieder verlangen müssen, daß sie jederzeit ohne jede Beschönigung Auskunft über den Stand des Unternehmens erhalten müssen. Mit Genugtuung wurde zur Kenntnis genommen, daß Voigt nicht mehr als Treuhänder vorgeschlagen wird, sondern der Genosse Döring aus Striegau.

Achtung! Achtung!

Alle erwerbslosen Schutzbund-Genossen

treffen sich heute, Dienstag, um 18 Uhr, im Sekretariat.

Werbeaktion für die SAZ

In den nächsten Wochen wird für unsere Zeitung eine großzügige Werbeaktion durchgeführt. Jede Genossin und jeder Genosse muß sich in den Dienst dieser Werbung stellen. Bei Euren Distriktsführern und Funktionären werdet Ihr Material erhalten für die Werbung und Ihr werdet erfahren, welche Prämien die Geschäftsleitung für erfolgreiche Werbung ausgesetzt hat. Ziel dieser Werbung ist: 1. Erhöhung des Leserstandes, 2. Ausbau der Zeitung, 3. den Abonnementspreis zu senken.

Die Zeitung ist der politische Ausdruck einer Partei. Die „SAZ" ist die einzige politisch wirtschaftlich unabhängige Zeitung, für die zu kämpfen und zu werben eine Ehrenpflicht jedes Parteimitgliedes ist. Werbenummern der „SAZ" können von den Trägern und Parteifunktionären angefordert werden.

„Wartet nur Ihr roten Lergen, Euch holen wir sowieso"

Naziterror gegen Proleten setzt wieder ein

Wann wird dem Unwesen um das braune Haus in der Neudorfstraße endlich einmal ein Ende gesetzt? So fragen täglich Hunderte von Proleten, die in der Nachod-, Brunnen-, Neudorfstraße und in der Umgegend wohnen und die täglich durch den sich steigernden Terror der braunen Banditen belästigt werden.

So fand gestern Abend wieder ein Ueberfall auf eine Anzahl Genossen, die von der Festveranstaltung im Konzerthaus kamen, statt. Der Ueberfall ging vom braunen Haus aus und nur mit Mühe gelang es den Genossen, sich einem Zusammenstoße zu entziehen. Dem einen Genossen in der Brunnenstraße riefen dann die Helden des dritten Reiches, nachdem sie eine Weile das Haus, in dem er wohnt, belagert hatten, zum Fenster hinauf: „Wartet nur Ihr roten Lergen, Euch holen wir sowieso!"

Was tut eigentlich der Doppelposten der Schupo, der immer in der Nähe der Neudorfstraße patrouilliert? Warum ist er bei solchen Vorfällen immer unsichtbar?

Die Spinale Kinderlähmung in Breslau

37 Erkrankungen — 4 Todesfälle

Das WTB meldet über eine Pressebesprechung beim Städtischen Gesundheitsamt:

„Das Städtische Gesundheitsamt Breslau hatte am Donnerstag zu einer Pressebesprechung über die Ausbreitung der seit einigen Monaten auch Schlesiens Hauptstadt wieder bedrohenden, schleichenden, furchtbaren Krankheit, der spinalen Kinderlähmung geladen. Der Dezernent des Gesundheitsamtes, Stadtrat Landsberg, wies zunächst darauf hin, daß in Breslau bisher 37 Fälle spinaler Kinderlähmung gemeldet wurden, von denen 32 auf die Altstadt und 5 auf das Eingemeindungsgebiet entfallen. Von diesen 37 Erkrankungen entfallen 9 neue Fälle auf die letzte Woche. Leider hat die Krankheit vier Todesopfer gefordert, und zwar drei Kinder im Alter von 2½ bis 4 Jahren und eine 23jährige junge Frau.

Die Ursachen dieser Krankheit hat man bisher noch nicht feststellen können. Im allgemeinen werden von ihr zu 90% Kinder im Alter von 2 bis 10 Jahren befallen, aber auch an Erwachsenen bis zum Alter von 30 Jahren geht sie nicht vorüber. Dagegen sind Erkrankungen nach dem 30. Jahre noch nicht vorgekommen. Um eine Verbreitung zu verhindern, wurden die von der Kinderlähmung betroffenen Schulklassen sofort geschlossen. Dagegen verzichtet die Breslauer Schulverwaltung vorläufig darauf, den ganzen Breslauer Schulbetrieb stillzulegen, da es sich erwiesen hat, daß der größte Teil der Erkrankungen in die Zeit der großen Ferien entfällt. Es wird aber jede Massenzusammenkunft von Kindern, sei es bei Ausflügen, Kinobesuchen, Beteiligung beim Konfirmandenunterricht, Kindergottesdienst in Zukunft zu unterlassen sein. Die Luftverhältnisse müssen beim Entstehen der Kinderlähmung beeinflussend wirken, denn beim Absinken der Temperatur, also ab Oktober, lassen die Erkrankungen sofort rapide nach. Wirksame Mittel zur Bekämpfung hat man bisher noch nicht gefunden. Es ist ein Serum vorhanden, das aber nur Erfolg verspricht, wenn es vor Ausbruch der Lähmungserscheinungen angewandt wird. Die Krankheit in einem zeitigen Stadium zu erkennen, ist heute nur in den seltensten Fällen möglich."

Der Bericht ist mehr als nichtssagend. Liegt das nun an der Pressebesprechung oder liegt das am Redakteur des Wolffschen Telegraphenbüros? Wir bedauern es außerordentlich und protestieren dagegen, daß man unsere Zeitung zu der Zusammenkunft auf dem Gesundheitsamt nicht eingeladen hat. Um so mehr, da wir und einige kommunistische Zeitungen die Zusammenhänge der spinalen Kinderlähmungen mit dem allgemeinen schlechten Ernährungszustand der Arbeiterbevölkerung in Zusammenhang bringen. Um so mehr, da wir als erste Zeitung in Breslau über die Gefahren dieser Krankheit und auf ihren Charakter hingewiesen haben.

Man vertröstet auf den ersten Oktober. Nun, wir werden ja sehen!

Feuerlegender Nazi

Wir berichteten vor einiger Zeit über einen Brand in den Räumen der Grünberger AOK. Als Brandstifter wurde ein Nazi, der frühere Kaufmann und jetzige Kassengehilfe, Ernst Weißmann, aus Grünberg verhaftet worden. Er hat ein Geständnis abgelegt.

Bei seiner Vernehmung gab Weißmann an, die Brandstiftung aus Verärgerung gegenüber seinen Kollegen begangen zu haben, da er bei ihnen mit seinen politischen Ansichten kein Verständnis gefunden habe.

Außerdem scheint Weißmann in eine Unterschlagungsaffäre verwickelt zu sein. Es steht bisher noch nicht fest, ob die Unterschlagungen bei der Krankenkasse oder bei der NSDAP begangen worden sind.

Fürwahr, feine Elemente beherbergt die NSDAP.

Das Nordbad als Exerzierplatz

In der vorigen Woche haben, wie uns Augenzeugen meldeten, die Nazis auf dem Gelände des Nordbades Bürgerkriegsübungen abgehalten. Die militärischen Kommandorufe konnten auch außerhalb des Bades, das bekanntlich durch einen Zaun begrenzt ist, gehört werden. Da man auf das Gelände des Nordbades nur durch das Restaurant gelangen kann, so muß der Pächter desselben, ein Herr Winkler, der der NSDAP angehört, die Leute hineingelassen haben.

Die Arbeiterschaft hat allen diesen Vorgängen größte Beachtung zu schenken. Die Arbeiterschaft hat auf der Hut zu sein!

Ein Todesfall infolge spinaler Kinderlähmung

Schweidnitz, 3. Oktober.

Hier ist ein Todesfall an spinaler Kinderlähmung zu verzeichnen. Die zehnjährige Schülerin Ilse Hermann ist der Krankheit erlegen.

2 Hühner, 12 Zigarren — zwei Jahre Zuchthaus

Breslau, 3. Oktober.

Das Schöffengericht verurteilte den 48 Jahre alten Roßhaarspinner Franz Wenglarsch aus Breslau wegen Einbruchsdiebstahls im Rückfalle zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrenrechtsverlust. Der Angeklagte, der schon mit schweren Zuchthausstrafen vorbestraft ist, hat in der Nacht zum 21. Juli d. J. in Kobelwitz, Kreis Trebnitz, einen Einbruch in eine Gastwirtschaft verübt und dort zwei Hühner und 12 Stück Zigarren gestohlen. Der Oberlandjäger traf W. in der gleichen Nacht auf der Chausse mit dem Rucksack, in dem sich die beiden Hühner und ein Brecheisen befanden, und nahm ihn sofort fest.

Wegen vorsätzlicher Brandstiftung hatten sich am Montag vor dem Görlitzer Sondergericht der Landwirt Emil Neumann und seine Wirtschafterin Anna Renger aus Seidenberg zu verantworten. Neumann steckte in der Nacht zum 13. September seine mit Erntevorräten völlig gefüllte massive Scheune in Brand, wobei seine Wirtschafterin die Aufpasserin spielte. N. wollte sich in den Besitz der Versicherungssumme zur Abdeckung von Schulden setzen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Die Wirtschafterin erhielt drei Monate Gefängnis. In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus, daß dem Ueberhandnehmen von Brandlegungen in Niederschlesien mit allem Nachdruck gesteuert werden müsse. Von mildernden Umständen könne keine Rede sein. Es müsse auf schwere Zuchthausstrafen erkannt werden.

Bühne von links gesehen

Im Lobetheater: „Die endlose Straße" von Sigmund Graff und Karl Ernst Hintze

E. K. „Die endlose Straße" ist ein Frontstück, das zum „Helden" eine ganze Kompagnie, zum Gegenspieler des „Helden" den Krieg selber hat in der furchtbaren Wirklichkeit, die das Theater natürlich nicht deutlich machen kann. Die Kompagnie Soldaten, die im ersten Bild ohnmächtig unter dem Eindruck des gegnerischen Trommelfeuers im Unterstand hockt, wird aus dem vordersten Frontabschnitt zurückgezogen, um bald wider Erwarten nicht in die Etappe nach Lille, sondern nach vorn, in den sicheren Tod geschickt zu werden. Das ist die kurze Handlung des Stückes, dessen eingehende, im letzten Bild allzu breite, an ermüdenden Wiederholungen allzu reiche Stimmungsschilderung uns besonders die Gedanken und Empfindungen dieser in Dreck, Pulverdampf, in die ganze Hölle des imperialistischen Krieges gehetzten Mannschaft zu zeigen sich bemüht. Dabei kann man anerkennend feststellen, daß das Stück von jeder heldischen Pose, geräuschvollen Pathetik und hergebrachten militaristischen Phraseologie frei ist. Die Verfasser haben sich nicht einmal gescheut, das „Etappenschwein", diese übel berüchtigte Figur, zuungunsten einer bloßen Kriegsverherrlichung herbeizubringen. Also hätte man hier ein Kriegsstück, das das sinnlose Morden, die „ultima ratio", die „letzte Weisheit" des Imperialismus, wenn auch unter dem Gesichtswinkel eines Frontabschnitts offen enthüllt?

Auf diese Frage gibt uns der Verfasser Sigmund Graff selbst die Antwort. Auch er nämlich hat sich die Frage nach dem Sinn des Mordens gestellt und vor allem: „Warum marschierten sie wortlos hinein in die Hölle von Verdun? Warum meuterten sie nicht?" Und siehe da, er erblickt „das einzige Wunder, das sich an allen Fronten begeben hat", die „einzige Antwort auf diese Frage" darin: „Sie meuterten nicht und taten, was getan werden mußte, weil sie fühlten, daß sie nicht um ihrer selbst willen da waren ... Weil sie fühlten, daß dieses Deutschland, das sie geboren hatte und für das sie kämpften, nur einen einzigen Schirm und Schutz noch hatte: ihren Leib und ihr Leben, ihren Einsatz und ihr Opfer ... Weil der deutsche Soldat in Ehren — ohne die Augen niederschlagen zu müssen — wieder heim wollte." Ja, „deutscher Frontsoldat", da haben wir schon das ideologische Rüstzeug, mit dem man dich in das mörderische Trommelfeuer, in das todbringende Giftgas hineingeführt hat. „Deutschland", „Schutz und Schirm", „Einsatz", „Opfer", „Ehre", das sind die alten, silberhellen Flötentöne, die man auch heute noch spielt, und die man jenseits der deutschen Grenzen nur mit anderen Vorzeichen hört, wenn man Kattun, Kohle, Eisen oder Handelsstützpunkte meint. Sigmund Graff hat also aus seinem „Fronterlebnis" nichts gelernt. Und wenn man dem Verfasser die subjektive Ehrlichkeit, den subjektiven Friedenswillen zugesteht, so bleibt die objektive Wirkung dieses Stücks gerade seiner Vorzüge wegen um so gefährlicher. Das Proletariat hat diesem schillernden Pazifismus, dieser unklaren, aus dem Zufall eines gemeinsamen Fronterlebnisses geborenen Volksgemeinschaftsideologie und dem überirdischen „Muß", unter dem der Hauptmann der Kompagnie sich und seine Leute handeln sieht, längst die Lehre vom Klassenkampf entgegengestellt und ein entschiedenes „Krieg dem imperialistischen Kriege"!

Die Aufführung, in einer schlichten, untheatralisch-wirksamen Inszenierung Schultze-Griesheims herausgebracht, zeigte nur etwas mehr als Durchschnittsniveau. Am besten der Etappenoffizier des Herrn Klix, eine leibhaftige Verkörperung der Zierde unserer deutschen Stammtische, danach Werner Jungs glaubhafte Fähnrichsgestalt und Paul Demels schwerfällig-simpler Musketier. Dem immerfrohen Leutnant Ulrich Aries wird man ebensowenig Glauben schenken wie dem von den Verfassern gleich musterhaft gezeichneten Kompagnie-Hauptmann, den Paul Klinger mit viel zu geflissentlichem Ernst darstellte.

Im Gerhart Hauptmann-Theater: „Der Tiefstapler"

Eine Kriminal-Groteske von Franz Kammerlohr, die der Zuschauer bedenken- und gedankenlos zwischen witzelnden Situationen hin- und herwirft. Ein ausgesprochen bedeutungsloses Stück.

Glänzend bewährte sich Hans Frank als echter und maskierter Graf und Einbrecher und Alfred Scherzer, der das lächerliche Zeremoniell der „guten Gesellschaft" aufs beste kopierte, worin der verkalkte und senile Graf Alfred Habels nicht viel nachstand. Ria Rose spielte ihre Rolle mit spritzigem Temperament, von Ruth Albu im Tempo munter unterstützt. Erwähnenswert auch Käthe Habel-Reimers. Die vortreffliche Inszenierung besorgte Martin Magner. Das Publikum nahm die anspruchslose Kost mit Beifall auf. E. K.

Erstaufführung im Stadttheater: „Mister Wu"

Nirgends ist man auf musikalischem Gebiet derartig auf dem toten Punkt angelangt, wie auf dem Gebiet der Oper.

Den entscheidenden Schritt von der „Oper" zum Musikdrama tat Wagner. Richard Strauß hat diesen neuen Stil ausgebaut, vervollkommnet, mit „Salome" und „Elektra" hat er einen neuen Typ des Musikdramas, vielleicht überhaupt erst das Musikdrama in seiner Vervollkommnung geschaffen. Strauß ist nicht nachgeahmt worden, weder im guten noch im schlechten Sinne. Seine Werke stehen völlig allein da. Die moderne Richtung (Hindemith usw.) hat bisher vergeblich versucht, eine neue Opernform zu schaffen. Bis heute vielmehr hat sich neben Strauß ein Mittelding zwischen Musikdrama und der italienischen Oper des 19. Jahrhunderts erhalten.

D'Alberts „Mister Wu", sein letztes, von Leo Blech vollendetes Werk, ist im wesentlichen in diesem Stil geschrieben. D'Albert arbeitet hier mit Routine, aber mehr auch nicht. Die Musik ist äußerst gedankenarm und unoriginell, besonders die starke Anlehnung an Puccini und manchmal auch an Strauß fällt auf. Demgegenüber sind die „chinesischen Partien" mit chinesischer Originalmusik durchsetzt, manchmal fast gesprochen mit exotischer Schlagzeug-Untermalung des Orchesters. Aber hier fesselt auch nur das Absonderliche, musikalisch wertvoll sind diese Partien nicht.

Viel mehr konnte d'Albert aus dem vorliegenden Text allerdings kaum herausholen.

Ein junger Engländer liebt die Tochter eines mächtigen chinesischen Mandarins. Der böse Vater kommt dahinter, tötet die Tochter und verlangt als Lösegeld für den gefangenen Liebhaber die Hingabe seiner Mutter. Sie kommt ihm zuvor und vergiftet ihn mit Hilfe ihrer chinesischen Sekretärin und befreit so sich und den Sohn. Die Schauermäre ist etwas sehr kitschig, besonders auch die Art der Ausführung durch den Text-Dichter. Es wimmelt von Unwahrscheinlichkeiten und Ungeheuerlichkeiten: die geheimnisvolle Macht des Mandarins, seine Tötung durch eine Chinesin (!) usw. Europa siegt über China — das ach so fortschrittliche Europa über das so tiefstehende China. Dieser Sinn liegt dem Ganzen zugrunde; und mit dem Bewußtsein, persönlich an diesem Siege mitgewirkt zu haben, geht der Theaterbesucher befriedigt nach Hause.

D'Alberts Oper ist ein knalliges Bühnenstück mit dramatischen Höhepunkten. Das haben Regisseur (Dr. Hartmann) und Bühnenmaler (Hahlo) erkannt und durch malerische Bühnenbilder und starke Unterstreichung aller Vorgänge auf der Bühne es verstanden, die Zuschauer vielleicht mehr zu fesseln, als es bei anderen musikalisch wertvolleren Werken möglich ist. Das Orchester tritt sehr zurück, so war Schmidt-Beldens Aufgabe leichter als sonst. Er sowie Andra als Wu, Frau Darbow und Fräulein Mittelstädt bewähren sich durchaus. Rudow dagegen weiß sich nur schlecht zu bewegen. Er wirkt nicht wie ein Engländer, sondern wie ein Sachse.

Nur der Spannung und den äußeren Effekten ist es zu verdanken, daß das Stück mit Erfolg aufgenommen wurde. G. R.

Ludwig Stein

Die Bremer Arbeiterschaft hat einen schweren Verlust erlitten: Ludwig Stein ist nach langer schwerer Krankheit am 29. September gestorben.

Erschüttert stehen wir an der Bahre eines echten Revolutionärs, der in zähem unermüdlichen Ringen mit den Erbärmlichkeiten dieser „Ordnung", der Not und dem ganzen Jammer eines Proletarierdaseins, dennoch in der vordersten Reihe der kämpfenden Arbeiterklasse stand.

Ludwig Stein ist nur 43 Jahre alt geworden. Die Proletarierkrankheit warf ihn vor Jahren schon aufs Krankenbett und hat ihn jetzt hinweggerafft. Er kam schon früh zur gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. Mit dem unermüdlichen Fleiß und der eisernen Energie, die den klassenbewußten Arbeiter auszeichnet, erarbeitete er sich das nötige Rüstzeug zum Kampfe gegen die Todfeinde des Proletariats.

Im Kriege fand er den Anschluß an die von Johann Knief geleitete Gruppe um die „Bremer „Arbeiterpolitik", der späteren IKD. (Internationale Kommunisten Deutschlands), die sich 1919 mit dem Spartakusbund zur KPD vereinigte. Die Parteileitung stellte L. Stein, den geborenen Organisator, bald auf wichtige Posten. Bis zum Oktober 1923 war Genosse Stein Org.-Sekretär der KPD im Bezirk Nordwest und während des Verbots der Partei 1924 erwies er sich als ein hervorragender Leiter illegaler Arbeit. Er gehörte längere Zeit dem Betriebsrat der „A.-G. Weser" und als Vertreter der Opposition der Ortsverwaltung des DMV Bremen an.

Bei den Auseinandersetzungen in der KPD über den Oktober 1923 stand Genosse Stein fest auf dem Boden der späteren Opposition. Ein unbestechlicher und aufrechter Charakter, wich er auch nicht dem materiellen Druck engstirniger Parteibürokraten, sondern stellte seine Ueberzeugung über die Existenzfrage. Bei den erneuten Auseinandersetzungen im Jahre 1929 blieb L. Stein seiner alten Ueberzeugung treu. Er ging zur KPDO und mit der Minderheit dieser Gruppe zur SAP.

Schwere Krankheit hinderte ihn, aktiv seine großen Fähigkeiten in den Dienst unserer Partei zu stellen. Körperlich bereits völlig gebrochen, verfolgte er noch vom Krankenbett aus alle politischen Ereignisse mit fieberhaftem Interesse. Der feste Glaube an die historische Mission der deutschen Arbeiterklasse, die unerschütterliche Zuversicht, daß allen Widerständen zum Trotz, die kämpfende Einheit des Proletariats herbeigeführt wird, hat Ludwig Stein bis in die letzten Stunden beseelt.

Wir Lebenden müssen dieses Werk vollenden. Seiner tapferen Lebensgefährtin in Not und Jammer dieser letzten Jahre, seinen vier Kindern strecken wir unsere helfenden Hände entgegen. Wir sind ja alle Proletarier. Kampfgenossen.

An der Bahre unseres toten Kameraden senken wir unsere roten Fahnen.

Kinderheim überflüssig!

Zum 1. Oktober wird das am Fuße des Teutoburger Waldes gelegene Kinderheim Staumühle geschlossen. Es war eins der wenigen noch im Betrieb stehenden Kinderheime Preußens. An seine Stelle wird dort ein Arbeitsdienstlager eröffnet. Die Militarisierung der Jugend ist ja auch eine dringendere notwendigere Aufgabe als die Aufpäppelung schwächlicher Kinder. Das Kinderheim in Staumühle diente durchschnittlich 15 000 Proletenkindern aus dem Ruhrgebiet zur Erholung. In jedem Jahr konnten sie hier vier Wochen sich tummeln und ihre Lungen auslüften.

Immer nur Antifaschisten unter Anklage

(Eigener Bericht der SAZ)

Bochum, 3. Oktober.

In dem vor einigen Tagen vor dem Sondergericht in Bochum begonnenen Prozeß gegen 14 Antifaschisten wurde heute, nachdem etwa 150 Zeugen gehört waren, die Beweisaufnahme geschlossen. Es handelt sich um die Straßenschlacht in Wattenscheid am 26. Juni d. J., in deren Verlauf der SA-Mann Borawski erschossen wurde. An diesem Tage machten etwa 70—80 SA- und SS-Leute einen „harmlosen Spaziergang" durch ein ausgesprochenes Arbeiterviertel. Hier seien sie plötzlich aus dem Hause Sommerdellenstraße 39 von einem Steinhagel überschüttet worden und gleich darauf sei auch ein Trommelfeuer aus den Kellerluken des Nebenhauses auf sie eröffnet worden. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Obuch (Essen), stellte jedoch unter Beweis, daß an diesem Hause Kellerluken nicht vorhanden sind. Als Hauptschütze wird von den in großer Zahl aufmarschierenden Nazi-Zeugen der Angeklagte Bergmann bezeichnet. Sonderbarerweise widersprachen sie sich bei der Bezeichnung des Standortes Bergmanns ganz erheblich. Die übrigen eidlich vernommenen parteilosen Zeugen haben bei Bergmann keine Waffen gesehen. Demgegenüber haben sie allerdings auf Seiten der Nationalsozialisten nicht nur mindestens 4—5 Revolverschützen gesehen, sondern von den Führern sind auch Kommandos und Befehle, wie „Los, Bude stürmen" und

„SA — ran, jetzt knallen"

gegeben worden. Das Bild hat sich also im Laufe des Prozesses insofern wesentlich verändert, als nämlich nicht die 14 Kommunisten sondern die SA und SS einen Ueberfall auf das Arbeiterviertel geplant hatten.

Die Vertreter der Staatsanwaltschaft und der Nebenklage hatten Vereidigung der Nazizeugen verlangt, während die Verteidigung widersprach.

Das Gericht konnte sich dem Verlangen der Verteidigung nicht widersetzen, weil die Schuld der Nationalsozialisten zuckatant war, sodaß eigentlich sie auf die Anklagebank gehört hätten, denn fast alle unparteiischen Zeugen bekundeten mit Bestimmtheit, daß von den hinten gehenden nationalsozialistischen „Spaziergängern" geschossen worden sei und daß also die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei,

daß sie ihren eigenen Genossen, der ganz vorne war, erschossen haben.

Außerdem sind mehreren Bewohnern der Sommerdellenstraße die Fensterscheiben eingeworfen worden und einige haben, darunter eine Frau, Schußverletzungen davongetragen. Man hat aber auch hier wieder nicht die eigentlichen Verbrecher angeklagt, sondern, wie im Berliner Totschlagsprozeß, diejenigen verteidigenden Arbeiter.

Ein weiterer Bericht über den Ausgang des Prozesses folgt.

Verurteilung eines RFB-Funktionärs

Aus Leipzig wird gemeldet: Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Freitag den Hauer Ernst Meyer aus Rokittnitz wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Vergehen gegen §§ 4 Ziffer 1 und 11 des Republikschutzgesetzes (Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung und Fortführung einer verbotenen Vereinigung) zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft von 9 Monaten und 1 Woche. Der mitangeklagte Hauer Georg Prokop aus Beuthen erhielt wegen Vergehens gegen die beiden angeführten Paragraphen des Republikschutzgesetzes in Tateinheit mit Beamtennötigung 9 Monate Gefängnis, auf die 2 Monate 3 Wochen angerechnet werden.

Der 4. Strafsenat hielt es für erwiesen, daß Meyer der Leiter eines größeren Bezirks des RFB in Oberschlesien gewesen ist, an den die Untergruppen Berichte zu erstatten hatten und der diese Berichte an eine Zentralstelle in Berlin weiterleitete.

Wir Nazi dürfen alles!

Dasselbe Gericht verhandelte dann gegen einen nationalsozialistischen Bergmann aus Werne. Auch dieser war bei der Ausführung der Tat betrunken gewesen und glaubte, weil er Nazi sei, auf der Werner Landstraße die vorbeifahrenden Kraftwagen mit Steinen bewerfen zu dürfen. Einem Personenwagen warf er die Scheiben ein und verletzte die Insassen. Auch hier glaubte das Gericht, daß politische Beweggründe vorgelegen hätten, und verhängte die „exemplarische Strafe" von 4 Monaten Gefängnis und 30 Mark Geldstrafe. Jedes ordentliche Gericht hätte ein wesentlich höheres Urteil gefällt, denn § 315 des RStGB. sieht bei vorsätzlicher Verkehrsstörung eine Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren vor, und wenn in Tateinheit Körperverletzung vorliegt, nicht unter 5 Jahren. Man sieht also, wozu Notverordnung und Sondergerichte manchmal gut sind.

Zentrale Funktionärversammlung Freitag, den 7. Oktober 20 Uhr im Endergarten, Enderstraße, Breslau

Zur Teilnahme verpflichtet sind alle SAP-Genossen, die eine Funktion in irgendeiner proletarischen Organisation oder Betrieben inne haben. Mitgliedsbuch als Ausweis ist mitzubringen. Tagesordnung: „Die Aufgaben der SAP-Funktionäre im kommenden Wahlkampf".

Schlesischer Arbeiter-Sport

Handball

Verhandlungsausschuß (Handball). Am Montag 10. 10., haben folgende Genossen zu erscheinen: 19.30 Uhr: Schülerleiter von Deutsch Lissa und 7. Abt. 20.00 Uhr: Arlt Erich, W. Fuge. Beide 4. Abt. Jgd. Dazu der Schiri? 20.15 Uhr: Fritz Werner 9. Abt., Mannschaftsführer der 8. und 2. Abt. sowie Schiri Honig 6. Abt. 20.30 Uhr: Vertreter von FSB und 3. Frauen-Abt. — 20.45 Uhr: Mannschaftsführer 1925 II und 5. Abt. II. Dazu Schiri Pritsch. — 21.10 Uhr: Jüttner, Alfred und Fronzka, Gustav, beide 6. Abt., sowie Mannschaftsführer der 6. und 4. Abt. Dazu Fichte-Deutsch Lissa. — 21.30 Uhr: Mannschaftsführer Morscheck, Schiri K. Hoffmann. 21.45 Uhr: Störzel und Kuhndt, beide 1925, und Zeugen. 22.15 Uhr: Gerhard Schmidt-1925 und Zeugen. — 22.30 Uhr: Krobatsch-6. Abt. und Vereinsvertreter. Pässe müssen von jedem Genossen mitgebracht werden.

Arb.-Turnv. Neukirch. Freitag, 7. 10., 19.30 Uhr, Vierteljahresversammlung.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3 Telefon 567 68.

Achtung! Stadtteilleiter und Distriktsführer: Es fehlen noch die Angaben der Betriebe in den Stadtteilen sowie die Zeitangabe von Arbeitsbeginn und -Ende. Am Donnerstag sollen Werbenummern der SAZ verteilt werden. Umgehende Meldung ist daher unbedingt notwendig.

Distrikt 24: Heute abend Distriktsversammlung, Wolf, Hedwigstr.

Distrikt 23, 24, 25, 38: Morgen abend Frauenversammlung. Hennig-Ausschank, Fürstenstr.

Stadtteil Nord: Heute abend weibl. Funktionäre im Karl-Marx-Heim.

Stadtteil West: Unsere Stadtteil-Funktionärversammlung ist bis auf weiteres verschoben.

Engerer Vorstand: Nicht wie angegeben Dienstag, sondern Mittwoch.

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Heim 2: Donnerstag, 20 Uhr, „Es geht ein Gespenst um in Europa".

Heim 3: Mittwoch, 20 Uhr, „Tagespolitik". Donnerstag, „Ein russischer Arbeiter hat das Wort?"

Heim 4: Mittwoch, „Was ich in Sowjet-Rußland erlebte". Donnerstag, „Kampfliederabend".

Heim 5: Mittwoch, „Was ist Marxismus?" Donnerstag, „Liederabend".

Heim 8: Mittwoch, „Was geht in Rußland vor?"

Die Heimabende beginnen pünktlich 20 Uhr!

Monistische Jugend (Zentral). Heut, 19.30 Uhr, pünktlich sind alle Sprechchor- und Volkstanzteilnehmer zur Probe im Heim. Geld für die Fahrt mitbringen.

Arbeiter-Kinderfreunde, Breslau. Achtung Helfer! Heut ist im Heim Hubenstr. 76 wieder Sprechchorprobe für die Revolutionsfeier. Alle Helfer, auch die bisher nicht geprobt haben, sind bestimmt anwesend.

Jungen! Mädel! Alle Arbeiterkinder nehmen am Freitag, 4. 10., am Spiel- und Sportfest der Arbeiter-Kinderfreunde Breslau teil. Jedes soll daran teilnehmen, da keine Unkosten entstehen. Jedes zieht sich warm an, bringt Mundvorrat und Getränk mit, außerdem einen Trinkbecher, da warmes Getränk verabfolgt wird. — Teilnehmerkarten sind in folgenden Heimen Mittwoch, 16 bis 17 Uhr unter Vorzeigung eines Mitgliedsbuches der Eltern an einer Arbeiterorganisation erhältlich: Heim: Ohlauer Tor, Marthastr. 11 Hth.; Scheitnig, Hirschstr. 78 Hth.; Odertor, Mehlgasse 39; Nikolaitor, Kl. Holzstr. 3; Gräbschen, Seydlitzstr. 1; Strehlener Tor, Hubenstr. 76 Hth.; Zimpel, Heppner, Starenweg 16; Dürrgoy, König, Kamenzer Str. 15; Pöpelwitz, Fleischauer, Bielestr. 24. Dortselbst sind auch die Treffpunkte zu erfahren.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe Telephon 206 02.

STADTTHEATER
Dienstag, 20—gegen 23 Uhr Abonn.-Vorst. A 3
Der fliegende Holländer
Mittwoch, 20—22.30 Uhr Abonn.-Vorst. B 3
Mister Wu
Donnerstag, 20—gegen 23 Uhr Abonn.-Vorst. D 3
Macbeth

LOBETHEATER
Täglich 20.15—gegen 22.45 Uhr
Die endlose Straße

GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Täglich 20.15—gegen 22 Uhr
Der Tiefstapler

Werbt Abonnenten!

Schauspielhaus
Täglich 16³⁰ und 20¹⁵ Uhr
Die Csardasfürstin
Eintrittspreise: Nachm. 30 Pf. bis 1.25, Abends 30 „ „ 2.50
Sonntagnachm. Abendpreise

Berlin
Haus Vaterland
Das Restaurant Berlins
Betrieb Kempinski

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: B 7 Weichsel 3422
Mittwoch, 5. Oktober
5.15 und 8.30 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick

Niederhaßlau
Richard Trömel
Niederhaßlau
Inh. Franz Trömel
Bau- und Möbeltischlerei
Möbel- u. Polstermöbellager

Wo decke ich meinen Bedarf?

Paul Frühauf
Kolonialwaren usw.
Bergstraße 22

Schuhvogel
Friedrich-Wilhelmstr. 66
Scheitniger Straße 12

Lebensmittelhaus
Heinrich & Co.
Frankfurter Straße 154

WESTEN

Leinenhaus Gotthard Völkel
Friedrich-Wilhelm-Straße 51
Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

Oskar Laqua
Anderssenstraße 31
Kolonialwaren

Fleischermeister Max Lattner
Posenerstraße 23
Stets in Qualität — Niedrigste Preise

Obst · Gemüse · Kolonialwaren
Erich Völkel
Bergstraße 36

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Sternitzke, Steinauer Str. 25

Schmelz ist und bleibt billig
Friedrich-Wilhelmstraße 25

Restauration Traugott Kiese
Westenbstraße 63
Treffpunkt aller Genossen
Angenehmer Aufenthalt — Niedrige Preise

Täglich frische Seefische u. Räucherwaren
Richard Polke, Anderssenstr. 16

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Steinauer Str. 6
Emil Lüdeck

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Maßschneiderei
Kürschnerei und Pelzpflege
Damenmäntel und Kostüme
P. Muschalle, Breslau 6
Friedrich-Wilhelm-Str. 14, 2. Etg. — Tel. 252 21

Ein Blick hinter die Kulissen der Dela

(Eigener Bericht der SAZ)

In Berlin findet zur Zeit die Dela, die Deutsche Luftsport-Ausstellung, statt. In fünf Hallen wird in einer kaum jemals gesehenen Vollständigkeit alles gezeigt, was auch nur in irgendeinem Zusammenhang mit dem Flugwesen steht. Angefangen mit den ersten Ballonflugversuchen vor 150 Jahren über die Maschinen Lilienthals, über die ersten Zeppelin-Modelle zeigt die Ausstellung nicht nur die modernen Klein- und Großflugzeuge der Gegenwart, sondern gewährt auch an zwei utopisch anmutenden Maschinen eine interessante Vorschau auf die zukünftige Entwicklung, die der Flugzeugbau nehmen wird. Es ist dies das „Wochenendflugzeug der Zukunft", das es ermöglichen soll, über'n Sonntag von einem Erdteil zum anderen zu fliegen, und das „Flugauto" nach dem Autogiroprinzip. Diesem Flugauto passierte vor einigen Tagen ein „glückliches" Mißgeschick. Die Maschine sollte als besondere Sehenswürdigkeit auf der Ausstellung gezeigt werden; jedoch machte ihre Unterbringung durch die enorme Spannweite der Flügel nicht zu überwindende Schwierigkeiten. Zum Glück brachen dem Monstrum in den letzten Tagen bei einem Landungsversuch auf dem Tempelhofer Feld bei einem Salto mortale die Flügel und nun war die Unterbringungsfrage im Augenblick gelöst.

Neben den Riesen des Flugzeugbaus wird an interessanten Beispielen gezeigt, daß die Luftfahrt nicht nur ein Vergnügen der Reichen ist, sondern auch bereits Schichten des Proletariats erfaßt. In Flugvereinen werden neben Segelflugzeugen der verschiedensten Typen Motorflugzeuge von den Vereinsmitgliedern angeschafft und eifrig benutzt. Diesen Vereinen wird eine neue Einrichtung, der Flugzeugbaukasten, besonders zugute kommen, der es ihnen gestattet, sich selber die Maschinen für verhältnismäßig billiges Geld zu erbauen.

Auffällig an der ganzen Ausstellung ist ihr betont friedlicher Charakter. Aber vergessen wir eins nicht:

Diese friedlichen Maschinen, die dem Sport und dem Verkehr dienen, sind die gefährlichsten Feinde der Menschheit in einem neuen Kriege.

Nicht die Maschine ist gut oder böse. Der Geist des Menschen ist es, der sie zu Segenspendern oder verderbenspeienden Ungeheuern macht. Daher ist das betont friedliche Gesicht der Ausstellung nur eine Maske, hinter der der Tod grinst. Nicht umsonst erfreut sich die Fliegerei der besonderen Aufmerksamkeit der Regierungen. Nicht umsonst legen die Ministerien so viel Wert auf die Ausbildung und Einführung der Jugend in die Geheimnisse des Flugwesens. Wir brauchen nur an das „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung" zu denken. Noch steht in seinem Programm nur das Wort „Geländesport". Aber daneben soll das Kuratorium alle diejenigen Verbände erfassen, die sich bisher bereits für die Ertüchtigung der Jugend eingesetzt haben. Zu diesen Verbänden werden zweifellos auch die Segelsportvereinigungen gehören, in die, wenn er nicht bereits gepflegt wird, bald der behördlich kommandierte Geist des Faschismus einziehen wird. Und ist es ein Zufall, daß der Leiter des „Kuratoriums", der General a. D. von Stülpnagel, gerade in diesen Tagen zum Vorsitzenden des „Rings deutscher Flieger" gewählt wurde? Und schlägt nicht der Ruf des Vorsitzenden des Delapräsidiums, Dr. Dominicus, nach Befreiung der Luftfahrt von den hindernden Bestimmungen des Pariser Luftfahrtabkommens in die Kerbe der Reichsregierung, die Befreiung vom Versailler Vertrag verlangt? Der Geist der Dela ist, wenn auch kaschiert, imperialistisch und kriegsvorbereitend.

Somit gewinnt auch der neue „Flugbaukasten" neben den anderen Zukunftsbildern ein ganz anderes Aussehen. Heute noch eine harmlose Spielerei für Flugzeugamateure, morgen, wenn es wieder ernst wird, eine neue furchtbare Waffe im Kriege. In wenigen Tagen, in riesigen Mengen immer wieder ersetzbar, ersteht eine Luftflotte, gegen welche die Flugzeuggeschwader des Weltkrieges eine Lappalie waren. Und vergessen wir eines nicht. Das Flugzeug ist nicht nur eine Waffe gegen den äußeren Feind. Denken wir nur an die braune Flugarmee des Herrn Hitler, die, wenn es hart auf hart kommen wird, nicht nur zu Propagandaflügen des bis heute verhinderten Diktators zu dienen hat. Deshalb tut die Arbeiterschaft gut, ihr Augenmerk auch auf diese Waffe des modernen Krieges zu lenken. Andere Zeiten bringen andere Angriffs- und Verteidigungsmittel. In den Arbeiterflugvereinen hat der Proletarier Gelegenheit, sich mit den Geheimnissen und Reizen der Fliegerei vertraut zu machen. Und vergessen wir bei allem nicht, daß es an uns liegt, daß auch diese Maschinen einmal Helfer der Menschen sein können, wenn wir einig sind und wenn wir es wollen.

Aus dem Erdbebengebiet Chalkidike

Geschützfeuer gegen Hausreste

Athen, 3. Oktober (Tel. Meld.)

Die bei verschiedenen Küstenorten der Halbinsel Chalkidike vor Anker liegenden englischen Kriegsschiffe legten am Sonnabend viele der halbzerstörten Gebäude durch Geschützfeuer nieder, um die Einsturzgefahr zu beseitigen. Das verwüstete Gebiet sieht einem Schlachtfeld gleich. Die an den Rettungsarbeiten beteiligten englischen Matrosen tragen stellenweise Gasmasken, um sich vor den Ausdünstungen der umherliegenden Leichen zu schützen. Die Gefahr des Ausbruches von Seuchen ist sehr groß, da viele Leichen wegen Mangels an Särgen noch nicht fortgeschafft werden konnten. Das Massengrab der bei der Zerstörung von Jerissos umgekommenen Menschen wurde in der Nacht zum Sonnabend von Schakalen heimgesucht und vollständig verwüstet. Die Opfer mußten erneut begraben werden. Die englischen Matrosen beliefern vielfach die heimgesuchte Bevölkerung mit Trinkwasser von den Kriegsschiffen, da an manchen Orten die Wasserzufuhr vollkommen zerstört ist. Von allen Seiten treffen Geldspenden für die unglückliche Bevölkerung ein.

•

Der griechische Torpedobootszerstörer „Pergamos" ist in Cavalla eingetroffen. Er hatte 50 Menschen an Bord, die bei dem Erdbeben auf der Halbinsel Chalkidice verletzt worden sind. Ein Verletzter ist unterwegs gestorben. Die Hilfeleistung für die Dörfer im Erdbebengebiet gestaltet sich außerordentlich schwierig. Die Beförderungsmittel bleiben vielfach stecken, da sich ausgedehnte Erdrisse gebildet haben. Einige Stunden vor der ersten Erschütterung begannen die warmen Quellen von Apollonia so reichlich zu fließen, daß in der Nachbarschaft Überschwemmungen eintraten, während der Arnaia-See, der 60 Kilometer vom Mittelpunkt des Erdbebengebietes entfernt lag, austrocknete.

Wasserhose tötet 30 Menschen

Bakersfield (Kalifornien). Eine furchtbare Katastrophe wurde hier durch eine Wasserhose hervorgerufen. Nach einem furchtbaren Regenguß bildete sich eine Wassersäule von etwa 12 Meter Höhe, die von einer Eisenbahnbrücke bei Woodford einen Eisenbahnzug, der aus einer Lokomotive und sieben Wagen bestand, in den Abgrund schleuderte. Die Zahl der Todesopfer, darunter der Lokomotivführer und zahlreiche unbekannte Reisende, wird auf 30 geschätzt. Auf ihrem weiteren Wege ergriff die Windhose eine Tankstelle, tötete den Besitzer, seine Frau und seine Kinder und riß mehrere Kunden der Tankstelle fort.

Autobus vom Zuge erfaßt

Fünf Tote, 17 Schwerverletzte

WTB. Bukarest, 4. Oktober.

Ein mit Arbeitern besetzter Autobus wurde in Siebenbürgen bei Ueberqueren eines Bahnüberganges von einem Personenzuge erfaßt. Fünf Arbeiter wurden auf der Stelle getötet und 17 schwer verletzt. Der Wärter soll die Schranke nicht geschlossen haben.

100 Tote bei einem Wolkenbruch

London, 4. Oktober.

Nach einer Meldung der Times sind bei Tehachapi Canon (Kalifornien) achtzig Leichen aufgefunden worden, die bei dem Wolkenbruch am Sonnabend ertrunken sind. 13 weitere Personen werden vermißt.

Drei Dampfer gestrandet

Im nördlichen Teile des Bottnischen Meerbusens sind gestern bei Nebel und stürmischem Wetter nicht weniger als drei Dampfer an der nördlichen Seite der Vale-Inseln, östlich des schwedischen Feuerschiffes Holmögadd, gestrandet. Die drei Dampfer, die „Star", „Georgios" und „Elsi" heißen, sind alle mit Holz beladen. Während des ganzen heutigen Tages mußten die Besatzungen wegen des Sturmes an Bord bleiben. Alle Versuche, die Leute zu bergen, sind bisher ergebnislos geblieben. Der Dampfer „Star" ist in Göteborg beheimatet und hat 18 Mann Besatzung. Ueber die Nationalität der beiden anderen Dampfer liegen noch keine Mitteilungen vor.

Bilder von der Dela

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

60) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Gleich beim Eintreten beginnt Barth zu sprechen:

„Genossen, unsere Sitzung ist eröffnet. Däumig, Müller und Liebknecht sind verhaftet! Ich beantrage nunmehr, daß mir Vollmacht zum Handeln gegeben wird. Wünscht jemand hierzu das Wort?"

Keiner der Obleute rührt sich.

„Das geschieht nicht, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, den ersuche ich, die Hand zu erheben.

Danke. — Die Gegenprobe!

Ich konstatiere einstimmige Annahme.

Ich diktiere nun: morgen früh geht es los!

Weiter: heute geht niemand nach Haus!

Weiter: es darf keiner vor morgen früh um 6 Uhr allein gehen, sondern immer nur zu zweien, damit dauernd jeder überwacht ist. Das ist kein Mißtrauen, das ist Vorsicht. Nun ist die Sitzung solange vertagt, bis ich den morgen zu verteilenden Aufruf geschrieben habe."

Barth setzt sich an den Nebentisch.

Er hat den Text schon fertig mitgebracht, aber er kann selbst in dieser Stunde nicht unterlassen, sich in Positur zu setzen. Er schreibt, streicht aus und entwirft den Text von neuem.

Die Obleute warten schweigend.

Draußen in der Gaststube spielt ein Bandonium. Einer von den beiden Musikanten singt dazu:

„Machen wir's den Schwalben nach,
Bau'n wir uns ein Nest!
Bist du lieb und bist du brav,
Halt zu dir ich fest . . ."

Ohne aufzuhören geht das Spielen draußen weiter, immer dieselbe schmalzige Melodie und dieselben Verse. Barth ist mit seinem Text an den Tisch zurückgekommen und liest vor:

Arbeiter, Soldaten, Genossen!

Die Entscheidungsstunde ist da! Es gilt der historischen Aufgabe gerecht zu werden.

Während an der Wasserkante die Arbeiter- und Soldatenräte die Gewalt in den Händen haben, werden hier rücksichtslos Verhaftungen vorgenommen. Däumig und Liebknecht sind verhaftet.

Das ist der Anfang der Militärdiktatur, das ist der Auftakt zu nutzlosem Gemetzel.

Wir fordern nicht Abdankung einer Person, sondern Republik.

Die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen.

Auf zum Kampf für Friede, Freiheit und Brot!

Heraus aus den Betrieben!
Heraus aus den Kasernen!
Reicht Euch die Hände!
Es lebe die sozialistische Republik!

Der Vollzugsausschuß
des Arbeiter- und Soldatenrates.

Er setzt seinen Namen unter das Schriftstück und reicht es dem Obmann Eckert.

„Die Unterschriften genügen nicht, wir müssen mehr haben. Aber bekannte Namen brauchen wir. In Abwesenheit der betreffenden Genossen setze ich dazu: Brühl, Franke, Ledebour, Liebknecht, Neuendorf, Pieck, Wagmann."

„Jedenfalls werden sie mit den Unterschriften einverstanden sein, überhaupt, wenn alles gut geht!"

„Und wenn es schief geht?"

„Dann ist sowieso alles egal — aber jetzt weiter. Die Flugzettel müssen sofort in Druck! Hier Gustav, das Manuskript; laß soviel drucken wie irgendmöglich. Mindestens 30 000, damit wir für jeden Betrieb hundert haben!"

Laukant hat das Manuskript in der Hand.

„30 000? Ein bißchen viel. Bis wann sollen sie fertig sein?"

„Morgen früh um halb fünf müssen sie an den verabredeten Stellen ausgegeben werden."

Barth sucht noch sieben Obleute aus und schickt sie in die Wohnungen von Brühl, Franke, Ledebour und der übrigen Genossen, deren Namen er unter das Flugblatt gesetzt hat, um sie davor zu warnen, die Nacht in ihren Wohnungen zuzubringen. Dann wendet er sich wieder der Versammlung zu:

„Nun, Genossen, kommen wir zu einer außerordentlichen Frage. Erschrecken Sie nicht. Der Flammenwerferleutnant, von dem ich andeutungsweise sprach, ist seit Sonntag verhaftet. Und er scheint den mit ihm zusammen ausgearbeiteten Plan verraten zu haben, denn gestern bekamen wir den nagelneuen Aufmarschplan des Oberkommandos. Wir müssen nun ebenfalls unsern ganzen Plan ändern."

Barth legt einen Stadtplan auf den Tisch. Die von der Regierung besetzten Positionen hat er gelb, die Betriebe mit einer starken Anhängerschaft der Revolutionären Obleute rot, die übrigen Betriebe, die von den Obleuten auf die Straße herausgeholt werden sollen, rot punktiert eingezeichnet.

Am Nachmittag hat er die Aufmarschstraßen bereits so geändert, daß die von der Regierung besetzten Stellen zunächst umgangen werden. Er gibt jetzt den auf elf Zügen verteilten Stoßtruppführern entsprechende Anweisungen. Er ermahnt sie, keine Notizen zu machen, sondern alles im Kopf zu behalten. Dann instruiert er die Kuriere. Am Denkmal des „Alten Fritz" im Friedrichshain sollen die Nachrichten den dort aufgestellten Posten übergeben werden, die sie dann weiter in das als Hauptquartier bestimmte Lokal zu übermitteln haben.

Drei Stunden dauern diese Besprechungen.

Laukant hat inzwischen die Flugzettel in Druck gegeben und ist zurückgekommen. Er hält sich eine Weile in der Gaststube auf und bestellt sich ein Bier, um sich etwas umsehen zu können. Ein paar verspätete Gäste würfeln mit dem Wirt eine Lage aus. Der Mann auf dem Musikpodium hat sein Bandonium noch auf den Knien und spielt nach kurzen Pausen immer wieder die Schlagermelodie aus der „Czardasfürstin". Wie Laukant ins Sitzungszimmer zurückkommt, ist Barth bei seinen Schlußausführungen angelangt:

„. . . stößt der Zug auf eine Schutzmannskette, dann muß schnell gehandelt werden. Entweder sind sie gegen euch, dann müssen sie für die Sache der Menschheit fallen oder den Kampfplatz räumen. Kommt ihr an eine Kaserne, dann beginnt das Fraternisieren. Eine Deputation geht in die Kaserne, um zu verhandeln. Aber energisch oder gar nicht und auf keinen Fall provozieren! Sind die Soldaten zu gewinnen, so werden die Offiziere abgesetzt und erhalten zu ihrem eigenen Schutz Kasernenarrest.

Ob der Kampf schnell oder langsam geht, das ist heute nicht zu sagen. Doch wie es auch kommt, strenge revolutionäre Disziplin! Der einzelne kann und muß seine Lage, seine Stellung, seine Situation überschauen, aber er kann nicht das ganze Schlachtfeld übersehen. Daher strikte Befolgung von mir kommender Anweisungen.

Folgende Möglichkeiten gibt es:
Schlagartiger Sieg auf der ganzen Linie.
Schlagartige Niederlage.
Mehrtägiger Kampf mit Erfolg.
Mehrtägiger Kampf mit Niederlage.
Wechselvoller, zäher, lange Zeit dauernder blutiger Kampf. Prophezeien wie es kommt, wäre müßig. Wir sagen: Sieg auf alle Fälle. Sieg oder Tod!"

Um halb eins wird die Sitzung geschlossen.

Nacheinander verlassen die Obleute das Lokal. Immer zwei und zwei pendeln sie durch die Prenzlauer Straße dem Alexanderplatz zu, auf dem der weitläufige Bau des Polizeipräsidiums dunkel aufragt. Am Alexanderplatz führen ihre Wege auseinander. Einige wandern nach den nördlichen Stadtteilen, andere nach den Arbeiterquartieren des Ostens und Südostens ab.

Lankant und Habersaath kommen an der Alexanderkaserne vorbei. Sie blicken zu der dunklen Hausfront auf, die fast fensterlos wirkt. Die beiden Posten vor dem Tor sind mit Handgranaten und Stahlhelmen ausgerüstet.

Nachher kommen sie an die Schloßbrücke. Rechts umlagern die tintigen Flächen der Spree den Dom, links hebt sich die Front des kaiserlichen Schlosses in den nächtlichen Himmel.

„Zwei Symbole — — Kirche und Staat!"

(Fortsetzung folgt.)

Der Niedergang des deutschen Kapitalismus *)

Von Eduard Weckerle

Die neueste Arbeit unseres Genossen Fritz Sternberg erscheint im rechten Augenblick. Allenthalben will man die Anzeichen einer nahenden neuen Konjunktur und bereits die Schatten der Krise in neuem Licht zerfließen sehen. Zum Beweise müssen die vielfältigsten Erscheinungen dafür herhalten. Geht man den angeführten Argumenten indessen auf den Grund, dann verflüchtigen sie sich sofort. Die prophezeite Konjunktur löst sich auf in eine Konjunktur an in die blaue Luft projizierten Silberstreifen.

Der Zweck dieses heute von amtswegen systematisch und bewußt geförderten Beginnens ist leicht zu durchschauen: die Krise zwingt den Kapitalismus im Interesse seiner eigenen Erhaltung zu neuen Peitschenschlägen gegen die breiten Massen. Es genügt auch nicht mehr, wie etwa in der Aera Brüning, sich vornehmlich mit radikalem Abbau der Löhne und sozialen Leistungen zu behelfen, vielmehr wird erforderlich, daß der Staat den Kapitalisten heute auch direkt mit Milliardengeschenken beispringt. Das steht in einem allzu erkennbaren Widerspruch zu dem bisherigen Notverordnungskurs. Noch auf jeder seiner Etappen, die jeweils zu einer weiteren Aushöhlung der sozialen Versicherungsleistungen, einer Drosselung der Beamtengehälter und neuen Massenbelastungen führten, wurde die Notwendigkeit in den Vordergrund gestellt, die öffentlichen Finanzen vor dem Zerfall zu bewahren, da deren Gesunderhaltung eine entscheidende Voraussetzung für eine wirtschaftliche Gesundung und damit auch für eine Verminderung der Arbeitslosigkeit sei. Jetzt spendet derselbe Staat mit vollen Händen an Industrie und Landwirtschaft und rechtfertigt dieses Vorgehen damit, daß gerade hierdurch die ersehnte Ankurbelung bewirkt werde. Das nötigt zu einer anderen Argumentation. Die These von der Gesunderhaltung der Staatsfinanzen kann nicht mehr aufrecht erhalten werden. Das Loch, das die Geschenke dort bewirken, ist zu sichtbar. Die Regierenden haben darum den Pessimismus aus der Wirtschaftsbetrachtung verbannt. Sie versichern „morgen geht es uns wieder gut" und darum sei es unbedenklich, das schlechte Heute mit dem Segen des besseren Morgen zu verschönern. Umgekehrt: die bevorstehende Konjunktur werde um so lebhafter einsetzen, je entschlossener und kühner man in die noch vor ihr liegende letzte Kurve einfahre.

Dank einer sehr beflissenen Propaganda ist es gelungen, dieser Vorstellung von dem besseren Morgen ein breites Echo zu verschaffen. Die gesamte kapitalistische Presse ohne Unterschied der politischen Schattierung stimmt in den Refrain mit fröhlicher Unbekümmertheit ein und an der Börse schwingt man die Beine zu neuem Tanz. Kein Wunder, daß auch die reformistische Arbeiterpresse da und dort der neuen Melodie erliegt. Sie paßt zwar nicht recht zu der nun auch von Wels getroffenen Feststellung, daß nur der Sozialismus die Krise wegzaubern könne, aber wo alle Kapazitäten und Autoritäten der bürgerlichen Wissenschaft aufmarschieren und mit dem Finger auf die nahende Krisenwende weisen, spitzt man doch die Ohren, zumal man im Grunde genommen doch noch nach wie vor der Ueberzeugung ist, daß die Krise kein Dauerzustand sei.

Es ist von größter Bedeutung, daß die Arbeiterklasse die inneren Zusammenhänge der Krise richtig erkennt.

Nur dann, wenn sie ein klares Bild von dieser in sich trägt, wird sie momentanen Psychosen und bewußten Irreführungen gegenüber immun sein und sich auch von den politischen Notwendigkeiten Rechenschaft geben können. Nichts ist in solchen Zeiten verhängnisvoller wie das Fehlen eines festen Fundaments an wirtschaftlichem Wissen. Wer heute, wie Tarnow oder Wels, just das Gegenteil von dem verkünden muß, was er gestern als Erkenntnis propagierte, der muß notwendigerweise die Massen verwirren. Das ist heute das Schicksal des Reformismus überhaupt. Der Einbruch der Krise widersprach so sehr seinen Vorstellungen vom modernen Kapitalismus, daß dessen Propagandisten darob in völlige Ratlosigkeit verfielen.

Es ist wohl entscheidend aus dieser Erkenntnis heraus, daß Fritz Sternberg es unternommen hat, die herrschende Krise in Deutschland auf ihre besonderen Merkmale hin zu untersuchen. Selbstverständlich kann eine solche Untersuchung nicht losgelöst sein von der internationalen Entwicklung. In ihrer Gesamttendenz steht die Krise, das wird aus den Darlegungen Sternbergs klar, in Deutschland in einem Gleichklang mit dem wirtschaftlichen Verlauf in den übrigen hochkapitalistischen Ländern, dessen Hauptmerkmale in einem Stocken des Welthandels, wachsender Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig steigender Produktion und in der Proletarisierung der Mittelschichten bestehen. Alle diese Erscheinungen sind allen hochkapitalistischen Ländern gemeinsam. Sie resultieren in ihrem tiefsten Grunde aus dem Unvermögen des Kapitalismus, sich noch erheblich und über die Entwicklung der Produktivkräfte, d. h. über die Notwendigkeiten hinaus, die die Kapitalakkumulation vorschreibt, zu expandieren. Demgemäß ist der Kapitalismus außerstande, das von Karl Marx nachgewiesene Gesetz von der fallenden Profitrate noch länger in seiner Wirksamkeit durch die Heranziehung von Neuland zu kompensieren, so daß er mehr als bisher gezwungen wird, die Ausbeutung der Arbeitskraft zu verschärfen, was praktisch bedeutet, daß der Kapitalismus fortwährend Krisenelemente aufeinanderhäufen muß. Das heißt aber, daß die herrschende Krise sich von früheren nicht allein durch größere Wucht und Dauer unterscheidet, sondern es heißt, daß die Krise diesen Grad der Heftigkeit darum erhält, weil sie in eine Phase der Entwicklung fällt, wo dem Kapitalismus die früheren Abschwächungsmöglichkeiten durch Heranziehung neuen Betätigungsraumes nicht mehr zur Verfügung stehen, und heißt darum weiter, daß hinter dieser Krise kein neuer konjunktureller Aufstieg winkt, wie er den Krisen der Vorkriegszeit jeweils folgte.

Das ist es, was Sternberg meint, wenn er vom „Niedergang" des Kapitalismus spricht. Ist diese Entwicklung aber zutreffend für alle hochkapitalistisch entwickelten Länder, so zeigt sich doch auch, daß unter diesen wieder große Unterschiede bestehen. Die Kraft des Widerstandes ist nicht überall dieselbe. Die Kette der kapitalistischen Länder weist stärkere und schwächere Glieder auf.

Das schwächste Glied ist heute Deutschland.

Der deutsche Kapitalismus ist geschwächt durch größere Kriegsverluste. Er hat diese nicht ohne Erfolg wettzumachen versucht durch die fast völlige Enteignung des Mittelstandes mit Hilfe der Inflation und jahrelanger Unterbezahlung der Arbeitskraft in der Inflation und in den ihr folgenden Jahren. Dieser Erfolg ist aber teuer erkauft. Der Preis dafür ist eine gewaltige Verengerung seiner eigenen Basis. Proletarisierte Mittelschichten, eine in ihrer Kaufkraft geschwächte Arbeiterklasse stellen einen viel kleineren Markt dar. Diese Folge war nur so lange unbedenklich, als eine Konjunktur die kapitalistische Wirtschaft belebte. Mit dem Einsetzen der Krise mußte sich das Bild sofort vollkommen verschieben. Der seiner Ersparnisse entblößte Mittelstand schied als Käufer in großem Umfange ebenso aus wie die durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabbau und Sozialleistungsabbau in ihrer Kaufkraft geschwächte Arbeiterschaft. Es war eine Erscheinung aller früheren Krisen, daß sich in deren Verlauf die Kaufkraft gerade der Mittelschichten infolge des eintretenden Preisabbaus hob, was zu einer Milderung der Krisenstöße führte. In den meisten andern kapitalistischen Ländern ist diese Erscheinung auch heute noch festzustellen, wenn auch infolge der allgemeinen Verarmung der Mittelschichten nur noch in einem stark verminderten Grad.

Ein anderer entscheidender Faktor, der die Krise in Deutschland verschärft, ist das Mitschleppen einer konkurrenzunfähigen Landwirtschaft.

Dadurch wird die Lebenshaltung der breiten Massen in Deutschland künstlich verteuert. Milliarden wandern in Form von offenen und verschleierten Subventionen in die Taschen der Landwirtschaft und zwar fast ausschließlich des Großgrundbesitzes. Gleichzeitig behindern Agrarzölle die deutsche industrielle Ausfuhr und fügen zu der künstlichen Mehrbelastung des Haushalts noch Kaufkraftverlust durch zusätzliche Arbeitslosigkeit in der Industrie. Es rächt sich hier die Unterlassung der längst fälligen Neuaufteilung des landwirtschaftlichen Bodens. Die Junkerregierung setzt die für die Allgemeinheit verhängnisvolle Agrarpolitik jetzt noch in verschärftem Maße fort. Es kann nicht anders sein, als daß hierdurch auch die Krise noch weiter verschärft wird.

Sternberg begnügt sich indessen nicht, die Krise nur zu analysieren. Als tätiger Politiker in der Arbeiterbewegung ist die Analyse für ihn nur die Klärung des Kampffeldes, auf das die Arbeiterschaft heute gestellt ist. Ist es richtig, daß der Kapitalismus in die Niedergangsperiode eingetreten ist — und hierfür erbringt Sternberg überzeugende Daten und Argumente — dann beginnt auch für die Arbeiterklasse eine neue Kampfphase, denn dann welken alle Hoffnungen, daß im Kapitalismus der Arbeiterschaft noch irgendeine nennenswerte Besserung ihrer Lebenshaltung winke. Es war die Illusion des Reformismus, daß der Kapitalismus aus sich selbst heraus Tendenzen entwickle, die zugunsten der Arbeiterklasse ausschlagen. Zumindest wurde versichert, daß man den Kapitalismus im freidlichen Einwirken reformieren und seinen Ausbeutungscharakter dadurch mildern könne, daß man ihn mit einem Ueberbau von Sozialgesetzen versehe. Solange der Kapitalismus im Aufstieg begriffen, das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate darum noch nicht in seiner ganzen Schärfe wirksam war, blieben dem Reformismus Erfolge auch nicht versagt. Heute vermag dieser den Arbeitern nichts mehr zu bieten. Schon der erste Krisenwind hat die ganzen sozialen Schutzeinrichtungen zum Einsturz gebracht. Der Gedanke, sie wieder aufzurichten, scheidet aus, weil der Kapitalismus in der Niedergangsperiode derartige Kosten nicht mehr verträgt. Aerger noch: schon der bloße Fortbestand des Kapitalismus bedroht die Arbeiterklasse heute in ihrer Existenz. Der Kreuzweg, vor dem somit die Arbeiterschaft heute steht, heißt: Sozialismus oder Untergang in die Barbarei.

Wo aber sind in Deutschland heute die Kräfte, die die Entscheidung zugunsten des Sozialismus bestimmen können? Und wie stehen die Chancen für die Arbeiterklasse?

Kein Zweifel: noch immer steht der größte Teil des Proletarierheeres im Lager des Reformismus. Dessen Bankrott ist zwar offenkundig, aber die Ideologie folgt erst in langem Abstand den Tatsachen. Auch die jetzt von der Sozialdemokratie eingeleitete „sozialistische Aktion" ist in ihrem tiefsten Grunde nur Ausfluß des Reformismus. Die Kommunistische Partei hat in ihrer Aufgabe die revolutionären Teile des Proletariats zu sammeln, versagt. Statt um die Massen, die in den großen wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen stehen, zu werben und sich deren Vertrauen zu sichern, hat sie sich von diesen Massen, die doch die Vorhut des klassenbewußten Proletariats bilden, isoliert. Ihre Politik — das hat der 20. Juli allen sichtbar gemacht — ist ebenso bankrott wie die Politik des Reformismus. Das erste Erfordernis in dieser Stunde ist die Schaffung eines Blocks der Arbeiterorganisationen. Der Anstoß hierzu kann nie und nimmer vom Reformismus kommen. Seine Schaffung ist darum die augenblickliche Hauptaufgabe einer revolutionären Partei. Die Kommunistische Partei weigert sich, diese Aufgabe zu erfüllen. Sie stellt als Bedingung, daß die Arbeiterklasse sich zuvor ihrer Führung unterwerfe. Eine solche Bedingung stellen, heißt die Einheitsfront sabotieren, heißt praktisch den Faschismus ebenso fördern wie die Politik des Reformismus.

„Der Kampf", so schreibt Sternberg auf der vorletzten Seite seines Buches, „für die Einheitsfront der Arbeiterklasse, der die Voraussetzung ist zum Sieg über den Faschismus, ist ein unendlich schwerer. Die Möglichkeit, daß die Konterrevolution vorher über die deutsche Arbeiterklasse siegt, ist durchaus gegeben; die Möglichkeit damit, daß ein kapitalistischer Ausweg aus der Krise organisiert wird." Es will uns scheinen, daß das Junkerkabinett bewußt diesen Weg betreten hat. Ob ihm Erfolg beschieden sein wird, hängt darum davon ab, ob die Einheitsfront der Arbeiterklasse ohne Verzug zustande kommt.

Sternbergs Buch ist in erster Linie ein ökonomisches Buch. Es vermittelt eine große Fülle von Wissen. Ausgestattet mit diesem kann das Proletariat seinen Weg nicht verfehlen und wird es gegen alle Verwirrungsmanöver gefeit sein. Die größte Verbreitung des Buches gerade in Kreisen der Arbeiterschaft ist darum eine wichtige Förderung der Arbeiterbewegung selbst.

*) „Der Niedergang des deutschen Kapitalismus" von Fritz Sternberg, Rowohlt-Verlag, Berlin, 400 Seiten.

Verbot der Schwindel-Arbeitsgemeinschaften

Durch Ministerialerlaß von Bracht

Wir haben die besonders in Schlesien aufgezogenen und von der „Schlesischen Zeitung", wie auch von verschiedenen Kreisämtern propagierten und protegierten Arbeitsgemeinschaften (Bargeldlose Arbeitsleistungen) schon in der „SAZ" vom 9. August unter die Lupe genommen.

Solange bei diesem Schwindel nur die Arbeiter geschädigt wurden, hat die Regierung die Dinge treiben lassen. Jetzt sind aber, wie wir das voraussagten, auch die beteiligten Geschäftsleute schwer geschädigt worden. Nunmehr hat, wie die Pressestelle der Provinzialverwaltung von Niederschlesien bekannt gibt, der Preußenkommissar Bracht durch einen Erlaß das

Verbot der bargeldlosen Arbeitsgemeinschaften

ausgesprochen. In der Begründung heißt es u. a.:

„Das Verfahren begegnet schwerwiegenden Bedenken. Es handelt sich um eine neue Art der Geldschöpfung, die ernste währungspolitische und kreditpolitische Gefahren in sich schließt. Dazu kommt, daß die Giroguthaben nicht zu allen Leistungen, insbesondere nicht zu Leistungen an außerhalb des Kreises der Arbeitsgemeinschaft Stehende, verwertet werden können. Derartige illiquide Forderungen müssen zu Schädigungen vor allem der Gewerbetreibenden führen, die zum Teil unter starker Beeinflussung zum Anschluß an die Organisation genötigt werden. Führen diese Störungen zu einer Stockung des Umlaufs an Notgirogeld, so bleibt nur eine Liquidation des Unternehmens übrig, bei der jeder Inhaber eines Giroguthabens in Höhe der Differenz zwischen dem Nominalbetrage seines Guthabens und dem Werte seiner Quote an der Liquidationsmasse voraussichtlich erheblichen Schaden erleiden wird.

Soweit an diesem Verfahren vereinzelt auch Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligt sein sollten, ersuche ich bei dieser Sachlage zu veranlassen, daß diese Beteiligung sofort aufgegeben wird und neue Beteiligungen nicht mehr erfolgen."

Man sieht, Herr Bracht sieht die privatkapitalistischen Interessen in Gefahr und deshalb verbietet er die Arbeitsgemeinschaften. Wir halten das Verbot dieser Schwindelunternehmen aus ganz anderen Gründen, nämlich im Interesse der Arbeiterschaft, für notwendig.

In dem Erlaß von Bracht heißt es noch, daß die von den Arbeitsgemeinschaften begonnenen „volkswirtschaftlich wertvollen" Arbeiten durch den Rücktritt der Gemeinden nicht gestört, sondern durch Einleitung anderweitiger Maßnahmen (Mittel der produktiven Arbeitslosenfürsorge) durchgeführt werden sollen. Hier muß **von den Arbeitern gefordert werden, daß das nicht durch den freiwilligen Arbeitsdienst, sondern nur in Form tariflich voll bezahlter Arbeiten geschieht.**

Reichskonferenz der Bergarbeiter

Bochum, 2. Oktober.

CNB. Auf der Reichskonferenz des freigew. Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, die heute hier eröffnet wurde, behandelte der Verbandsvorsitzende Husemann die wirtschaftliche Lage im Bergbau. Er wies unter anderem darauf hin, daß allein in den letzten 12 Monaten die Arbeitslosigkeit im Bergbau um 30 Prozent zugenommen habe und daß gegenwärtig ungefähr 300 000 arbeitsuchende Bergarbeiter vorhanden sind. Die 430 000 noch beschäftigten Bergarbeiter stehen durchweg in Kurzarbeit. In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind im Ruhrgebiet 7,2 Millionen Feierschichten wegen Absatzmangel eingelegt worden. Aehnlich liegen die Dinge in anderen Bergbaugebieten. Am schlimmsten im Kalibergbau, wo von 229 Kalischächten nur noch etwa 40 in Betrieb sind.

Die Barverdienste der Arbeiter im Steinkohlenbergbau sind von insgesamt rund 100 Mill. RM. monatlich im Jahre 1929 auf 38 Mill. RM. im Mai dieses Jahres zurückgegangen.

Gegenwärtig dürften es nicht mehr als 35 Mill. RM. im Monat sein. Das gesamte Bergarbeitereinkommen im Steinkohlenbergbau ist also um 65 Prozent gesunken. Im Braunkohlenbergbau ist der Rückgang fast ebenso stark. Wenn heute in den Industriezentren Handel und Wandel darniederliegen, dann ist das nur auf die Schmälerung der bergmännischen Kaufkraft zurückzuführen.

Alle Bemühungen zur Wirtschaftsankurbelung seien zum Scheitern verurteilt, wenn man die Arbeiterschaft noch länger unter diesem Druck lasse. Alle bisher zur Belebung der Wirtschaft propagierten Maßnahmen seien von fruchtbarer Zukunftsgestaltung weit entfernt. Im Gegensatz zu allen privatkapitalistischen Rettungsversuchen müsse die Verstaatlichung des Bergbaues gefördert werden. Die internationale Kohlenverständigung wird der Prüfstein sein, ob die Völker auf eine geordnete weltwirtschaftliche Zusammenarbeit rechnen dürfen (solche illusionäre Hoffnungen haben also Husemann und Genossen immer noch. D. Red. der SAZ) oder ob der unheimliche Wirtschaftskrieg aller gegen alle seinen Fortgang nimmt. Zu diesen Notwendigkeiten gehört auch noch die Verkürzung der Arbeitszeit. Neben der Verkürzung der täglichen Schichtzeit ist die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf fünf Tage erforderlich. Für die drei dargelegten Forderungen, Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau, internationale Bergbauverständigung und die Nationalisierung (Verstaatlichung) des Bergbaues werden wir, so schloß der Redner, unsere ganze Kraft einsetzen.

*

Es ist ein für die Arbeiterschaft und für die Kumpels im besonderen furchtbares Elendsbild, das hier Husemann entrollt. Aber wie seit Jahren fehlt hier völlig die einzige zum wirklichen Ausweg führende Konsequenz, das heißt die Proklamierung des revolutionären Kampfes. Daß die Verstaatlichung keine Lösung für die Bergarbeiter bringt, wird an anderer Stelle des Blattes gezeigt.